

# Saar-Freund

Nachrichten aus dem  
abgetrennten  
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt  
des  
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 7 \* 7. Jahrgang

Berlin, 1. April 1926

## Deutsche Ostern an der Saar / 1926.

Von Alb. Zühlke.

Von unsern Bergen lacht des Frühlings Leuchten,  
Doch Saarlands Leid grüßt noch kein wärmend  
Licht,  
Und wehmutskrank will sich das Auge seuchten  
Nach deutscher Bruderhand, so frei und schlicht.

Erscheinst du, Osterfonne, strahlend wieder  
Erlösung kündend, endend uns're Qual? —  
Dem Friedensfürsten klingen Siegeslieder,  
Doch kalter Nebel bannt noch unser Tal.

Der Welschen Reid und Haß sind stumpfe Waffen,  
Was man an harter Fron auch uns erkunnt,  
Gott hat der Saar ein Kämpferherz geschaffen,  
Und Nachtgellüst vor Mut und Recht zerrinnt.

Den Sinn gestählt, das Auge klar und offen,  
Die Ehre ruf! Schon sproßt die neue Saat,  
Es weicht die Nacht, uns trägt ein Osterhoffen:  
Wir iprengeu doch das Grab durch deutsche Tat!

Wie heil'gen Ostergruß laßt's hell erklingen:  
„Den Brüdern Heil, dem Reiche Aufersteh'n!  
Die Saar löst sich nicht niederzwingen,  
Der Freiheit Stunde kommt: Auf Wiederseh'n!“

## Präsident Stephens.

Am Tage nach dem Aufjehen der Völkerverbundstagung, die sich mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund befassen sollte, trat der Völkerverbundsrat in Genf zu einer ordentlichen Tagung zusammen, um die bis dahin im wesentlichen unerledigte Tagesordnung zu Ende zu führen. Bekanntlich wies diese insgesamt 29 Punkte auf, darunter standen an 14. Stelle verschiedene Saarfragen. Zur Behandlung der Saarfragen hatte sich Herr Rault gleich zu Beginn der Genfer Beratungen an den Sitz des Völkerverbundes begeben, um selbst sein Mittrittsgesuch einzureichen. Das war lediglich eine Formfrage, da über das Ausschcheiden Raults aus der Saarregierung bereits im vorigen Jahre ein bindender Beschluß gefaßt worden war, und da sich in den noch immer sehr beliebten Geheimbesprechungen Briand und Chamberlain sowohl über den Mittritt Raults wie über seinen Nachfolger geeinigt hatten. Aus dem Saargebiet waren ferner eine Delegation der Zentrumspartei und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, eine weitere sozialdemokratische Delegation und erstmalig auch mehrere Pressevertreter aus dem Saargebiet erschienen. Für die saarländischen Vertreter ergab sich wiederholt willkommene

Gelegenheit, mit der deutschen Delegation in Verbindung zu treten, so daß über die Wünsche der Saargebietsbewölkerung keinerlei Mißverständnisse bestanden. Wir sind im einzelnen nicht darüber unterrichtet, ob von saardeutschlicher Seite die Kandidatur Stephens als Präsident gutgeheißen worden ist. Auf jeden Fall wurde sie von sozialdemokratischer Seite abgelehnt; aber auch in anderen politischen Kreisen des Saargebiets verhält man sich Herrn Stephens gegenüber zurückhaltend. Abgelehnt aber von parteipolitischen Gegenseiten, die uns hier gar nicht interessieren, haben wir bereits in unserer letzten Nummer festgestellt, daß unter den obwaltenden Verhältnissen der neuernannte Präsident der Saarregierung unter allen Umständen eine Kompromißkandidatur französisch-englischer Vereinbarung ist.

Es überrascht somit nicht, daß die Wahl des Völkerverbundesrates auf Herrn Stephens gefallen ist, der mit dem 1. April der Saarregierung als Präsident vorsteht. Wir nehmen der Persönlichkeit des Herrn Stephens gegenüber zunächst eine völlig abwartende Haltung ein und stellen lediglich die Tatsache fest, daß er seine Ernennung

lediglich französisch-englischen Geheimabmachungen verbannt. Herr Stephens wird selbst der Auffassung sein, daß es nach blühender französischer Präsidentschaft zweckmäßig gewesen wäre, wenn sich der Geist von Locarno im Saargebiet namentlich in Gestalt eines wirklich neutralen Präsidenten eingestellt hätte. Ob Herr Stephens diese wirklich neutrale und gerechte Persönlichkeit ist und sein will, das wird Herr Stephens erst durch die Tat beweisen können. Ihn hat der Völkerbundstat auf Grund des französisch-englischen Vorschlages an die Stelle Herrn Kaults gesetzt, er selbst hat sicherlich nichts dazu getan, dieses gewiß nicht leichte Erbe anzutreten. Vielleicht ist auch Herr Kault froh, von einer Bürde befreit zu sein, die durch den Doppelauftrag vom Völkerbund und von Frankreich nicht leichter geworden ist. An Herrn Stephens wird es allein liegen, durch seine Maßnahmen, durch seine Regierungsweise sich das Vertrauen der Bevölkerung zu verdienen, sich den Ruf eines unparteiischen Beauftragten des Völkerbundes zu erringen.

Man wird es uns nicht verdenken können, wenn wir den Beschlüssen des Völkerbundesrates nach wie vor skeptisch gegenüber stehen. Gerade das Saargebiet hat allen Grund, dem Völkerbund zu misstrauen, nachdem ihm bisher nicht ein einziges Mal das Recht eingeräumt worden ist, wenigstens einen ganz kleinen Anteil an der Gestaltung der Geschäfte des Saargebietes zu nehmen. Die alliierten und assoziierten Mächte, die in Versailles das Saarstatut schrieben, haben, wie sich aus der späteren Anwendung ihrer Bestimmungen durch die von ihnen ernannte Saarregierungs-kommission ergab, diesem eine Auslegung gegeben, die wenig von dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts erkennen läßt. Nur zu deutlich hat die jährliche Verwaltungstätigkeit des Herrn Kault bewiesen, daß sie darauf eingestellt war, das Saargebiet für die französische Annexion reif zu machen. Der Völkerbund hat diese Bestrebungen dadurch unterfüttert, daß er Herrn Kault nicht an seine Pflichten erinnerte. Diese hat der Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 13. Februar 1920 selbst dahin knapp und eindeutig zusammengefaßt:

„Die Regierungskommission hat keine anderen Aufgaben und Interessen, als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saargebietes.“

Dieser Anweisung sind mehrfache Erklärungen der alliierten und assoziierten Mächte vorausgegangen, in welchen sie zuspichern und erklären:

„Das Gebiet wird nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes.“ (Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919).

„Die Regierungskommission ist nicht der französischen Regierung, sondern dem Völkerbund verantwortlich.“ (Antwort der Alliierten an die deutsche Delegation vom 16. Juni 1919).

„Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die größte Sorgfalt darauf verwandt, den Bewohnern des Gebietes selbst jeden nationalen und moralischen Schaden zu ersparen. Ihre Interessen sind in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden und ihre Rechtslage wird verbessert werden. . . . Die Kommission wird gehalten sein, die Ansicht der gewählten Vertreter des Gebietes zu hören, bevor sie zu irgendeiner Gesetzesordnung oder zur Erhebung einer neuen Steuer schreitet.“ (Antwort der Alliierten an die deutsche Delegation vom 16. Juni 1919).

„Die Einwohner behalten ihre irdischen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und den Gebrauch ihrer Sprache.“ (Antwort der Alliierten an die deutsche Delegation vom 16. Juni 1919).

Dem neuen Präsidenten der Saarregierung werden alle diese Bestimmungen, Erklärungen und Zusicherungen der damals Alliierten und jetzigen Völkerbundshauptmächte nicht unbekannt sein. Dennoch empfehlen wir ihm, der bisher lediglich diese Bestimmungen in der Auslegung des Herrn Kault in Anwendung bringen durfte, sie sich nochmals sorgfältig durchzulesen, und ihnen den Geist einzufangen, der in Locarno neu geboren worden sein soll, und in Genf seine, wenn auch leider mißglückte Laufe erhielt. Wir wissen ganz genau, daß Herrn Stephens schwere Auf-

gaben im Saargebiet harren. Die Lage des Saargebietes ist besonders in wirtschaftlicher Beziehung keine günstige, sie ist besonders schmerzhaft geworden durch die von Herrn Kault erzwungene Einführung der französischen Währung, durch die hemmungslos durchgeführte Zollabschirmung von Deutschland. Herr Stephens hat bisher die Finanzen des Landes verwaltet. Er hat also genaues Einblick in die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Saargebietes, das jetzt seiner besonderen Fürsorge untersteht. Er kennt vor allem die steuerlichen Verhältnisse und weiß, daß der Hauptunternehmer des Landes, nämlich der französische Grubenbesitzer, auf Kosten der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft steuerlich in einer Weise geschont wird, das man den Verdacht bewahrter Korruptionspolitik nicht los wird. Mit Locarnozeit und Förderung der Gerechtigkeit hat diese Steuerwirtschaft jedenfalls nichts zu tun. Herr Stephens kennt weiter die verschiedenen bereits öffentlich erörterten Korruptionsherde in der Saarverwaltung, kennt die Ursachen, die bisher ein korrektes Verhältnis zwischen Saargebietsbevölkerung und Saarregierung nicht aufkommen ließen.

Weil Präsident Stephens alles das kennt, alles, was er erlebt hat, was den Völkerbundsgebanten erlösete, zum mindesten trübte, deshalb ist die Aufgabe, die seiner wartet, einesseits recht schwer, zum anderen wiederum leicht, wenn er den Willen hierzu hat. Aber nicht nur die Fehler und Mißgriffe der Vergangenheit sind es, die seine Arbeit schwierig gestalten. Hemmungen werden ihm bei der Durchführung seiner Treuhänderstätigkeit innerhalb der Saarregierung selbst erwachsen. Der Völkerbundstat hat in seiner Sitzung vom 18. März zum französischen Mitglied der Saarregierung den bisherigen Generalsekretär der Regierungskommission, Herrn Morize ernannt. Herr Morize war die rechte Hand Herrn Kaults, Herr Morize galt als Vertrauensmann jener französischen Saarpolitiker, die mit besonderer Nachdrücklichkeit die französische Propaganda im Saargebiet unterfützten. Herr Morize war derjenige, der die politischen Richtlinien des Herrn Kault in die Tat umsetzte, der die Maßnahmen formulierte, die in all diesen 6 Jahren hindurch immer wieder Anlaß zur Kritik, zum Protest, zur Abwehr gaben. Wie wir bereits in unserer letzten Nummer mitteilten, hatte sich das „Echo de Paris“ sehr ernsthaft und eingehend mit der Frage befaßt, ob nach dem Ausscheiden Kaults das neuwählende französische Saarregierungsmitglied die Leitung der französischen Propaganda im Saargebiet übernehmen könne. Das Blatt verlangte, daß der französische Delegierte denjenigen freie Hand läßt, die sich mit der Organisation dieser Propaganda beschäftigen wollen. Zwischen den Zeilen dieser Ausführungen war zu lesen, daß Herr Morize bisher diejenige Persönlichkeit war, die die Leitung der französischen Propaganda im Saargebiet in der Hand hatte. Aus zahlreichen Vorkommnissen wußte man das im Saargebiet seit langem. Präsident Stephens wird daher sehr ernsthaft zu prüfen haben, ob er gewillt ist, Herrn Morize, der jetzt das französische Mitglied in der Saarregierung geworden ist, weiterhin diese nebenamtliche Betätigung als französischer Propagandaleiter — die ihm vielleicht als Hauptaufgabe galt — gestatten darf.

Der Völkerbundsrat hat weiter zu Mitgliedern der Saarregierung ernannt den Belgier Lambert, der trotz seiner Rücktrittsdrohung im Saargebiet bleibt und für Vorzugsstafeln für die französische Saarrolle auf den Saareisenbahnen sorgen wird, und den Tschechen Dr. Jegenysh, dem unter anderem das saarländische Schulwesen untersteht. Herr Stephens steht sich also in seinem Fünfmann-Kollegium drei französischen bzw. frankophilen Mitgliedern gegenüber, denen gegenüber er mit Herrn Kossmann als saarländisches Mitglied in der Minderheit bleibt.

Eine sehr wichtige Frage, die zu lösen die erste Aufgabe des Präsidenten Stephens sein wird, ist die der Arbeitsverteilung innerhalb der Regierungskommission. Wie bereits erwähnt, hatte Herr Stephens bisher die Steuern, Finanzen und Posten des Saargebietes zu verwalten. Herr Kault hatte sämtliche

Resorts an sich gerissen, die irgend eine politische Einflussnahme auf die Bevölkerung zuließen. Es besteht die Gefahr, daß bei der Abrede, die zwischen Briand und Chamberlain in der Saarfrage stattgefunden hat, dem französischen Saarrégierungsmitglied ein großer Teil jener Resorts vorbehalten worden ist, die bisher Herr Kault verwaltete. Man wird sicher hierfür die Begründung angeführt haben, daß Herr Morize als Generalsekretär der Saarrégierung und rechte Hand des Herrn Kault diese Resorts besonders gut beherrscht. Es ist leider zu befürchten, daß Herr Stephens sich in London Chamberlain gegenüber hat verpflichten müssen, dem französischen Wunsch nachzukommen, so daß er zu seinem Finanzressort vielleicht nur noch einige geringere übernimmt, während der Hauptteil der Verwaltungsarbeit des Herrn Kault Herrn Morize übertragen wird. An der Regelung dieser Frage wird man bereits erkennen, ob Herr Stephens seine Präsidentenaufgaben nach freiem undbeeinflusstem Ermessen oder auf Grund von Instruktionen, die er von Herrn Chamberlain erhalten hat, erfüllen will.

Unser Ausführungen zur Wahl des Herrn Stephens als Saarpäsidenten sind vielleicht nicht so gehalten, daß sie als Begrüßungsworte für Herrn Stephens angesehen werden. Das wird man uns nachsehen müssen. Wir haben in den sechs Jahren Kaultscher Saarrégierung zu bittere Erfahrungen machen müssen, als daß wir auf Grund der Neugestaltung der Personalverhältnisse in der Saarrégierung uns sofort zu einem toleranten Optimismus bekennen könnten. Wir bringen Herrn Stephens alles Vertrauen entgegen, und erhoffen von ihm, daß er, wie sein Landsmann Baugh sich als freier Kanadier trotz der Kaultschen

Schule sein Rechtsempfinden und seinen Rechts willen bewahrt hat. Es ist gewiß schon ein Fortschritt, daß der neue Präsident sich mit der Bevölkerung, deren Wohlfahrt und Rechte er sichern soll, in ihrer Muttersprache verständigen kann. Er hat bei den Gelegenheiten, die ihm Herr Kault zur Unterhaltung mit der Landesbevölkerung ließ, bewiesen, daß er sehr wohl weiß, wo ihr der Schuh drückt. Herr Stephens ist sich völlig klar darüber, daß er es mit einer Bevölkerung zu tun hat, die stolz und treu zu ihrem Deutschtum und zu ihrem deutschen Vaterlande steht. Daß er als Land- und Volksfreund ihr als Verwaltungsorgan des Völkerbundes vorgeht wurde, ist nicht seine Schuld, wie auch Herr Stephens nichts mit dem Zustandekommen des Saarstatuts zu tun hat. Gerade weil ihm dieses Statut weitgehende Rechte zugehört hat, gerade deshalb wird es bei ihm liegen, welchen Gebrauch er von diesen Rechten machen wird. Ihm ist es in die Hand gegeben, den Völkerbundsgedanken im Saargebiet neu zu stärken und den Beweis dafür zu erbringen, daß der Völkerbund nicht eine Organisation der Siegerstaaten sein will und sein soll, sondern eine Völkervergängerorganisation zur Sicherung des Friedens, zur Förderung der Versöhnung, zum Schutze des Rechts.

Nun, Herr Stephens, Ihr Weg ist frei, Sie können dem Frieden, der Versöhnung und der Gerechtigkeit dienen. Ihre Schuld müßte es sein, wenn die Bevölkerung an Ihnen eine gleiche Enttäuschung erlebte wie an Herrn Kault. Beweisen Sie, wes Geistes Kind der Völkerbund ist!

## Der Präsidentschaftswechsel an der Saar.

### Die „neue“ Saarrégierung.

(Von unserem Saarlouiser R.-T. Mitarbeiter.)

Der Rat des Völkerbundes hat in seiner Sitzung vom 18. März u. a. auch die auf der Tagesordnung stehenden Saarfragen behandelt und dabei die erwartete Ernennung des Herrn Stephens zum Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes vorgenommen. Als französisches Mitglied wurde der bisherige Generalsekretär des auscheidenden Präsidenten Kault, Morize, ernannt. Die übrigen drei Mitglieder sind wiedergewählt worden, so daß sich die Regierungskommission folgendermaßen zusammensetzt:

Präsident: Stephens, Kanada,  
 Minister: Morize, Frankreich,  
 „ Kohnmann, Saargebiet,  
 „ Lambert, Belgien,  
 „ Wenzky, Tschechoslowakei.

Bei der genaueren Betrachtung der Zusammengehörigkeit der jetzigen Regierungskommission zeigt sich, daß eine grundlegende Änderung nicht vorliegt. Wesentlich ist nur, daß Frankreich nicht mehr den Präsidenten stellt. Offenbar war aber der Rat des Völkerbundes beizurecht, den Franzosen den Wechsel in der Präsidentschaft so erträglich wie möglich zu machen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde wohl Herr Morize, der nebenbei bemerkt ein Neffe des auscheidenden Präsidenten Kault und ein besonders scharfer Vertreter der französischen Saarpläne ist, in die Regierungskommission gewählt. Auch die Wiederernennung des Herrn Wenzky und namentlich des Herrn Lambert entspricht ganz bestimmt den Wünschen der französischen Regierung. Nach Lage der Verhältnisse wird Frankreich sich daher in berechtigter Weise auf seinen Fall über die Umgestaltung der Saarrégierung beschweren können. Tatsächlich findet man in der französischen Presse in dieser Beziehung auch kaum eine Kritik der Genfer Beschlüsse. Dies läßt den Schluss ziehen, daß man in Frankreich damit rechnet, daß die französischen Saarpläne durch die neue Regierungskommission nicht ernstlich gefährdet sind. Wahrscheinlich wird man die Methode wechseln. An eine Aufgabe des Zieles aber wird man nicht denken. Auf keinen Fall liegt irgendwelcher Grund zu der Annahme vor, daß nunmehr alles anders werde an der Saar.

Gewiß, Herr Stephens kennt die Verhältnisse und weiß aus eigener Erfahrung, wiewohl großes Anrecht der Bevölkerung des Saargebietes durch seinen Vorgänger auf allen Gebieten angezogen worden ist. Wird er eine Aenderung herbeiführen können, wird er wieder gut machen, was noch gut zu machen möglich ist? An seinem guten Willen zweifelt man hier durchaus nicht. Herr Stephens wird von der Bevölkerung ohne Argwohn als Präsident aufgenommen. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß man nicht überall volles Vertrauen zu seinem Worten und mehr noch zu seinem Können hat. Seine Aufgabe ist es, durch die Tat zu beweisen, daß er unbedingtes Vertrauen verdient. Nicht wenige sind von Sorge darüber erfüllt, ob Herr Stephens der Mann ist, der sich durchhalten versteht. Leicht wird dies keineswegs sein. Zunächst wird er mit französischen Ränkepielen aller Art zu rechnen haben und Herrn Morize als einen Gegenspieler ansehen müssen, der kaum ernst genug zu nehmen ist. Als langjähriger Generalsekretär und enger Vertrauter des Herrn Kault kennt er die Verhältnisse an der Saar sehr genau. Auch wird er bei dem Zustandekommen vieler Maßnahmen, die die Bevölkerung so sehr benachteiligen, seine geringe Rolle gespielt haben. Dabei ist er sehr klug und ein besonders zielbewußter Politiker. Ohne Zweifel wird er auch bestrebt sein, für Frankreich so viel wie nur möglich zu retten. Hierbei dürfte er auch kaum allein stehen; denn in der Zusammengehörigkeit der Regierungskommission hat sich, wie bereits bemerkt, eigentlich bitter wenig geändert, und es ist daher zu befürchten, daß Herr Stephens und das saarländische Mitglied von den Vertretern Frankreichs, Belgiens und der Tschechoslowakei zugunsten Frankreichs überstimmt werden. Daß eine solche Befürchtung leider sehr berechtigt ist, lehrt ein Blick in die Vergangenheit und liegt auch in dem gegenwärtigen Verhältnis dieser Staaten zu Frankreich begründet.

Singu kommt noch, daß Herr Stephens seit Jahren in der Regierungskommission sitzt und insbesondere auf dem Gebiete der Steuerpolitik Wege mitgegangen ist, die unbedingt verlassen werden müssen. Ob es für ihn leicht sein wird, sich einen anderen Kurs einzuflahen, nachdem er Präsident geworden ist, erhellt vielen Kennern seiner Person und der Verhältnisse immerhin zweifelhaft. Wenn er sich durchsetzen will, muß er vor allem den Mut aufbringen, Frankreichs Annehmlichkeiten zurückzuweisen. Das ist er sich selber, seinem

Amte und namentlich der Saarbevölkerung gegenüber schuldig. Letztere wird nichts von ihm verlangen, was nicht mit den Bestimmungen des Versailles Vertrages vereinbar ist. Sie erwartet von ihm aber bestimmt, daß er sich reiflos für die Erfüllung dessen einsetzt, was in diesem Vertrag zu ihrem Schutze festgelegt wurde. Ist er das, dann wird er jederzeit auf die legale Mitarbeit der Bevölkerung rechnen können.

### Rücktritt des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes.

Mit dem 1. April — es ist kein Aprilscherz — scheidet ein Mann aus der leitenden Stelle der aus 5 Mitgliedern bestehenden, vom Rat des Völkerbundes alljährlich zu ernennenden Regierungskommission des Saargebietes, der eigentlich dieses Amt nie hätte bekleiden dürfen; denn er eignete sich dafür ganz und gar nicht. Schon allein der Umstand, daß er die deutsche Sprache weder in Wort noch in Schrift beherrscht, die Bevölkerung jedoch nur deutsch spricht, war ein großes Hindernis für ein gedeihliches Zusammenarbeiten. Hinzu kam, daß Herr Kauls von Anfang an sich bei keinem ganzen Tag und Lassen im mer vom französischen Interesse leiten ließ. Obwohl er nach den Bestimmungen des Versailles Vertrages in erster Linie für die Rechte und das Wohl der Bevölkerung besorgt sein sollte, betrautete er sich ganz und gar als Parteirepräsentant Frankreichs. Diesen zur Liebe duldete und unterstützte er offen und geheim alle Befehle und Maßnahmen, die auf eine Verwelschung des rein deutschen Saargebietes hinfielen. Es hat er z. B. bis auf den heutigen Tag französische Militärs im Saargebiet behalten, obwohl das Saarstatut ausdrücklich bestimmt, daß sich dort keinerlei Militärs aufhalten darf. Aber nicht nur das. Herr Kauls war auch durchweg geneigt, sich den französischen Generälen unterzuordnen, und zwar in einem Umfange, daß fast allgemein die Ansicht herrscht, nicht er, sondern die Militärs seien die wirkliche Regierenden. Jahreslang duldete und unterstützte er auch den Leiter der französischen Propaganda im Saargebiet, den Major Richer, der es verstand, alle Fäden in seine Hand zu bekommen und der zu einer Wachtstellung gelangte, die für den Präsidenten unerträglich hätte sein müssen, wenn er wirklich darauf bedacht gewesen wäre, selber zu regieren. Herr Kauls oder billigte nicht nur jede Maßnahme der Militärs und Richters, sondern ließ sich in eine Lage bringen, die mit der Würde eines Präsidenten, und vor allem mit einer gerechten und unparteilichen Ausübung des ihm anvertrauten Amtes gänzlich unvereinbar war. Er war eben nur ein getreuer Handlanger der französischen Regierung und der Militärs, sich letztere seitwärtig schalten und walten wie es ihnen beliebt, dede ihre Befehle, Mißhandlungen, Ausweisungen, Kriegsverurteilungen, Zeitungsverbote usw. Es genügte Herrn Kauls, ganz offensichtlich, Frankreich dienen zu können.

In wirtschaftlichen Dingen war für ihn die französische Verwaltung der Saargruben richtunggebend. Herr Kauls suchte Frankreich nicht nur politisch und kulturell Dienste zu leisten, sondern er war auch stets bestrebt, seinem Staate und seinen Landesleuten wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, ohne Rücksicht, ob dadurch das Saargebiet benachteiligt wurde. Stets schlug er sich bei Vergütungsfragen und Entscheidungen auf die Seite Frankreichs, z. B. in der Währungsfrage, bei der Kohlensteuer, der Ein- und Ausführungsverordnung usw. Dabei ging er soweit, daß ihm erst in den letzten Tagen noch die „Saarbrüder Landeszeitung“ nachweisen konnte, daß er sich zum Nachteil des Saargebietes für einen französischen Spreßhändler eingekauft hatte, ein Vorwurfs, der ihm schon vor einem Jahre von dem genannten Blatt gemacht wurde, ohne daß gegen dieses die damals angedrohte Klage erhoben worden ist. Es handelt sich hierbei um erlassene Steuern und sonstige steuerliche Begünstigungen im Betrage von etwa 5 Millionen Franken zum Schaden des saarländischen Steuerfiskus.

Herr Kauls übernahm neben der Präsidentschaft von Anfang an auch die Leitung der Abteilung des Innern. Post reiflos wurden alle wichtigen Stellen der verschiedenen Abteilungen mit Franzosen oder Franzosenfreunden besetzt. Dabei kam es mehrfach zu Mißgriffen schwerster Art, so daß es zu großen Scandalen nicht gefehlt hat. Wie weit hierbei von einer Mißachtung des Präsidenten geredet werden kann, mag dahingestellt bleiben. Ihm persönlich wird man am weitgehendsten

Maße mildernde Umstände zubilligen können; er war eben nur ein Werkzeug der französischen Regierung, die höchstwahrscheinlich, ihr durch den Versailles Vertrag nicht erreichte Ziel — das Saargebiet ganz in französischen Besitz zu bringen — auf Umwegen zu verwirklichen. Frankreich glaube längere Zeit an eine solche Möglichkeit. Manmähig wurde versucht, alle Beziehungen zwischen dem Saargebiet und Deutschland zu zerstören und kaum ein Mittel, das bei Kolonialdiplomaten in Anwendung gebracht wird, blieb im Saargebiet unversucht.

Daß das die kein deutsche Bevölkerung sich auf die Dauer nicht ruhig gefallen ließ, ist eigentlich selbstverständlich. Sie wehrte sich der Regierungskommission und ihrem Präsidenten gegenüber zunächst völlig loyal und war stets bereit, im Interesse der Heimat, mitzuarbeiten. Als sie aber sah, daß ihre auch die wenigen im Versailles Vertrag festgelegten Rechte geschnitten bzw. ganz genommen werden sollten, und besonders der Präsident der Regierungskommission ganz einseitig auf einen Anschlag des Saargebietes an Frankreich hinanzubetriebe, wurden die Anklagen immer lauter, und Vertreter aller Parteien sahen wiederholt zu den Tagungen des Völkerbundes, um sich zu beschernern. Die gesamte deutsche Presse an der Saar sah sich veranlaßt, die Regierungskommission, und vornehmlich ihren Präsidenten, immer härter anzugreifen. Durch zahlreiche Eingaben der führenden Kreise auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wurden die Verfehlungen der Regierungskommission nachgewiesen. Mehrfach sah sich auch die deutsche Reichsregierung veranlaßt, sich über Maßnahmen an den Völkerbund zu wenden, der sich in fast allen seinen Sitzungen mit Beschwerden gegen die von ihm ernannte Saarregierung befaßigen mußte. Seit Jahren wurde auch von sämtlichen deutschen Parteien des Saargebietes die Entsetzung Kauls und die Befetzung der Präsidentschaft mit einem Nichtfranzosen öffentlich gefordert. Bis 1926 jedoch vergeblich. Obwohl Frankreich keinerlei bevorzugten Anspruch auf den Präsidentschaft hatte, wurden seine diesbezüglichen Wünsche bisher stets berücksichtigt.

Mit der Zeit wurde aber auch das Ausland in zunehmendem Maße auf die Mißstände an der Saar aufmerksam und die Anklage, daß hier eine Verwelschung herbeigeführt werden müsse, wenn nicht der Völkerbund selber sich schwer compromittieren wollte, wurde schließlich so stark, daß sich die Parteimitglieder in ihrer Mehrheit bei der vorjährigen Wahl der Regierungskommission dahin einigten wurden, daß 1926 kein Franzose wieder zum Präsidenten gewählt werden sollte. Frankreich suchte dem entgegenzuarbeiten, hatte aber damit keinen Erfolg. Hinzu kam, daß man auch in Frankreich einsehen mußte, daß die Bevölkerung des Saargebietes sich nicht verwelschen läßt, und lester als je zum Deutschstum hält. Frankreichs und Kauls Mißhaben haben nicht den erhofften Erfolg gebracht. Und so kam es zum Rücktritt Kauls. Seine Tätigkeit hat den Franzosen kaum genügt, den Völkerbund stark in Mißtraut gebracht und dem Saargebiet unangenehm gesahet.

Was erwartet man im Saargebiet nun von seinem Nachfolger? Gerechtigkeit, unparteiliche Ausübung seines Amtes. Nichts, was mit dem Versailles Vertrag unvereinbar ist. Aber es ist viel, sehr viel wieder aufzuheben. Die Bevorzugung Frankreichs muß aufhören, nicht weiter darf französisches Militär an der Saar gebudet werden, fortlassen muß auch der Dreck auf die Eltern deutscher Kinder zugunsten des Besuchs der französischen Schulen, aufhören muß die französische Propaganda auf politischem und kulturellem Gebiet, verlangt wird Schutz der saarländischen Wirtschaft, Gleichstellung der Arbeiterschaft mit der deutschen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht und auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, die Behebung wichtiger Regierungsstellen mit deutschen Beamten, und vor allem gänzlich Aufhören der Unterdrückung deutscher Kunst und deutscher Lebensart.

Alles das ist eigentlich selbstverständlich. Aber nach den bisherigen Erfahrungen muß es betont werden. Die Bevölkerung an der Saar ist friedlich und arbeitsam. Sie wird sich mit der durch den Versailles Vertrag bestimmten Verhältnissen bis zur Abtötung abfinden, so schwer es ihr auch wird. Einmütig verlangt sie jedoch, daß man sie als Deutsche leben und arbeiten läßt, ihre Eigenart respektiert, und ihr das durch das Mittel von Versailles aufgewonnene harte Los nicht erschwert, sondern es erträglich wie möglich zu machen bestrebt ist.

### Saarländischer Abschiedsgruß an Kautl.

Ein Saarbrücker Stimmungsbild.

Das Saargebiet, nach englischer Auffassung „ein Ge-  
fahrzentrum für Europa“, aimed nach der letzten  
Genfer Tagung des Völkerverbundes heute auf. Von hinten weicht  
„eine Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“.  
Der Gegner jedes verabschiedeten Regimes, der Polnairat Victor  
Kautl, geht und mit ihm, so hoffen wir, der uns so wele-  
stunde Trippelschritt.

Jannäts: Fällt der Herzog, muß der Mantel  
mit! Neben anderen westlich Orientierten ist auch Kautl,  
durch die raube Weltlichkeit aufgeschrien, die dem beruhigenden  
Traum der Bismarcksche, King und Hirtenstab ernacht und ge-  
heilt. Er ist in niedergedrückter Stimmung und wird sich nach  
den letzten Prozessen, die ihn arg zergaulten, der Erkenntnis nicht  
mehr verschließen können, daß die Fäße bereit, die ihn hinaus-  
tragen, schon vor der Tür stehen. Und noch mancher Französling  
wird mit ihm die Koffer packen und den Staub von den Füßen  
des ihm nunmehr unangenehm gemordenen Landes schütteln. Die  
Kautl verlassen das Schiff, von dessen Bordgang sie so wohl-  
gefällig und in lächeln Königstum leben durften. Seltsame Er-  
scheinungen beleben die Gemüter und reizen zur Satire. So  
finden sich nach Jahren an manchem Stammtisch  
Gäste ein, aber gewisse Fäden neu zu spinnen  
und für den westlichen Schritt um auf Wetter  
anzuhalten. Es geschieht wohl in Erinnerung des Bibel-  
wortes: „Es wird mehr Freude im Himmel sein über einen  
Sünder, der Buße tut, denn über 99 Gerechte.“ Bei vater-  
ländischen Vereinen bemühen sich gegenwärtig  
vieler der nutzlosen Gestalten um Aufnahme,  
um so in sichere Dedung zu schlüpfen. Der „Saar-  
bund“ ist dahin, sein Säugling und Schutzherr, der ehe-  
malige Grubenkaiser, Johann durch die Franzosen  
Grabenbesitzer von Reimsweiler, der übte Reinhardt,  
hinterläßt. Seine prächtige Villa auf dem Triller steht zum  
Verkauf. Böse Zeiten für die Außenleiter sind  
heraufgezogen. Für manchen sind heute sogar die Keilen  
noch Verlin daselbe innere dringende Bedürfnis geworden, wie  
vorder der Ruinenbühel im Westen oder der Belau Seime-  
dabets. Was der Franzose gern — wenn auch mit Unrecht —  
sich seiner blutwingeren Seele rühmen, der Deutsche hat unter  
seinen ein gutes Gedächtnis, und deutsch ist das Wort: „Ich  
kenne meine Pappenheimer!“

Lassen wir die Erinnerung in uns aufleben, sie zeigt uns  
die alte Wahrheit, daß in endlosen Angriff und harter Abwehr  
ein Volkstum voller Beschäftigung unbesiegt ist und bleibt.

Von dem düsteren Trauertage, 23. November  
1918, als unter eigem Schweißen der Bevölkerung die Fran-  
zosen in Saarbrücken einrückten, bis zu der Stunde, in der der  
besiegte Victor das Land verließ, zeigen weiße Ketten und  
Toten immer das gleiche Bild, stehen sie in einem unüberbrück-  
baren Gegenfah. Bismard sagt einmal, einem schuldlosen

Franzosen könne man 25 Meile hinten aufweisen, wenn man ihm  
dabei eine schöne Rede über Freiheit halte, werden er sich glück-  
lich fühlen. Anders geartet ist der Deutsche; bei ihm muß sich mit  
der schönen Rede die schöne Tat decken. Kautl war der Präsident,  
der französische Staatsrat, wie er mit Vorliebe unterzeichnete,  
der seinen Reden, segnete er das Land sofort mit einer Proklamati-  
on, in der zunächst viel von der Mitwirkung des Volkes beim  
Regieren, von Ordnung, Freiheit, Gerechtigkeit usw. die Rede  
war, logar vom Erwerb des Vertrauens der Bevölkerung und  
andern schönen Kingtlang. Sobann aber löstet der Ritter das  
Helmzier und acht sein Schmet, um von nun an à la  
Eisenbarter seine Axt an Saarland zu verjüchen. Wag er in  
manchen Dingen geschwätzt haben, in einem Punkte aber hat  
Kautl eine gerade Linie innegehalten, Starr und unbegreif, es ist  
sein blindwiltiger Haß gegen das Deutschum.  
Schon nach der lebenswürdigen Einleitung seiner ersten Proklamati-  
on läßt er die Rede aus dem Sad mit nachfolgender Drohung  
gegen die deutsche Bevölkerung: „Es sei gewillt, alle  
Berechnungen, von wofür auch immer kämen, die  
Bevölkerung zu beunruhigen oder sie zu schre-  
cken zu veranlassen, unangenehmlich zu unter-  
drücken; die der Kommission verliehenen Rechte  
setzen sie in den Stand, sich ihrer Aufgabe zu  
widmen, ohne auch nur im geringsten sich durch  
etwage eitle oder gar verbrecherische Aufse-  
hung beeinträchtigen zu lassen.“ Was unter „eille  
oder gar verbrecherische Aufsehung“ verstanden werden sollte,  
war jedoch niemandem unklar. Diese Spiken richteten sich gegen  
die nationalistischen Regungen des deutschen Geistes, die als eitel und  
verbrecherisch gekennzeichnete; und verpönt sein sollten.

Der Trumpf, den der französische Staatsrat Kautl  
hiermit in der Hand zu haben glaubte und mit festem Selbst-  
bewußtsein in die Öffentlichkeit warf, barg jedoch seinen Miß-  
erfolg und Frankreichs Debacle im Saargebiet. Seine Kamp-  
anfrage hieß die Entschlossenheit auf den Plan. So viele von ihnen  
auch Beimat und Herz verlassen mußten, der Heerbaum gegen die  
Trannee wurde nur kürzer, die Waleanz feier bei jedem Schlag  
gegen das Germanentum. Aber Gewalt bis zur offen in Genf  
erhobenen Beschuldigung des Lugs und Betrugs  
bleib für Kautl als Kompaß maßgebend für die Richtung des  
Regierungsschiffes auf seiner tollen Fahrt von 1920—1926, eines  
Schiffes, das er jetzt als Kapitän verläßt, da er den ersehnten  
Hafen nicht erreicht. Der Sturm zerriß die Segel, ein großer  
Teil der Besatzung ging über Bord; manche tritten noch den  
gefüllten Södel, andere trauern in Sad und Äsche über eine fast-  
gesagene Spekulation.

In dem Bild des französischen Chauvinisten würde aber ein  
wesentlicher Zug fehlen, würde hier nicht seiner unerwiderlichen  
blauen Zucht der Alenitäten, geheimen, mit Waffen ausgerüs-  
tet und auftrübenden Verbänden gedacht. Noch in seinem letzten  
Bericht nach Genf spricht er von den großen dunklen Wäldern  
des Saargebietes als willkommene Schlupfwinkel für Verdwörer.  
Er selbst fühlte sich stets bedroht, ging er, so bemerkte man  
in seiner unmittelbaren Nähe Polizei in Zivil.

## Saargebiet und Locarno.

Dr. Georg Krause-Wilchmann.

Die Kräfteverschiebung in der Westpolitik der letzten 6 Jahre,  
deren Entwicklung durch die beiden Namen Versailles und  
Locarno zunächst oberflächlich charakterisiert ist, hat auch die  
Saarfrage in den Vordergrund der politischen Erwägungen  
treten lassen. Unter dem Gesichtspunkt der Rückwirkungen betrach-  
tet, stellt die deutsche Forderung auf vorzeitige und vorbehalt-  
lose Rückgabe des Saargebietes zu Deutschland lediglich eine  
logische Konsequenz des Vertrages von Locarno dar. Zwar  
wurden hierüber weder in Locarno, noch bei der Unterzeichnung  
des Vertrages in London irgendwelche konkreten Vereinbarungen  
zwischen den interessierten Regierungen getroffen. Gleichwohl  
kann man heute behaupten, daß sich auf dem Wege der Lösung  
der Saarfrage eine entscheidende Wendung bemerkbar zu machen  
beginnt. Vor einem Jahre noch wäre in der französischen Defensiv-  
politik der Plan einer vorzeitigen Rückgabe des Saargebietes an  
Deutschland als eine Kezeler bezeichnet worden, da diese Lösung  
im Grunde genommen eine Abänderung des ursprünglich geschlo-  
ßenen Versailles Vertrages darstellte. Heute dagegen wird darüber in  
Frankreich schon öffentlich geschrieben.

Dieser bemerkenswerte Umwandlung kommt nicht von un-  
gesehen. Er entspringt auf der einen Seite der französischen Ein-  
sicht, daß der innere Widerstand des Saargebietes sowohl gegen  
eine Annexion durch Frankreich als gegen eine Aufrechterhaltung

der Völkerverbundsverwaltung zu groß ist, um mit einem Ruhestift  
für die französischen Interessen überwinden werden zu können.  
Entscheidender jedoch als dieser Grund fällt auf der anderen Seite  
der Zwang ins Gewicht, sich den seit 1918 grundlegend veränderten  
Machverhältnissen anzupassen. Darüber wird später noch  
zu sprechen sein.

Betrachten wir zunächst kurz die Tendenz, die das Saargebiet  
in seiner heutigen Gestalt geschaffen haben und im Widerspruch  
dazu die Bedingungen, die bisher zum Saargebiet aus für den  
Erfolg oder Mißerfolg dieser Bestrebungen maßgebend waren.  
Man kommt dabei zu dem Ergebnis, daß französischerseits  
die Annexion des Saargebietes betrieben wurde  
ohne Rücksicht darauf, ob Frankreich zur orga-  
nischen Einbeziehung dieses Gebietes — kulturell  
und wirtschaftlich — und zu der maßpoli-  
tischen Behauptung dieses Zustandes in der  
Lage wäre. Zwar scheiterte der direkte Anpruch Frankreichs  
auf Abtretung des Gebietes an Wilsons Hartnäckigkeit. (Die  
Verhandlungen des Vierzehnten waren deswegen beinahe be-  
nahe in die Luft geflogen.) Das französische Zielstreben, die Be-  
lösung von Deutschland, wurde jedoch durch die Ablehnung der  
französischen Forderung nicht im mindesten beeinträchtigt. Im  
Gegenteil; die Umwandlung des Saargebietes in ein Völkerverbunds-

gebiet und die Klausel der Volksabstimmung nach 15 Jahren hielt für Frankreich die Möglichkeit offen, doch noch zum Ziele zu gelangen. Die „Auswertung“ der Volksabstimmung in Oberloosien ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man sich die Sache mit dem Saargebiet ungefähr dachte. Das bei der Gestaltung der Saarverhältnisse ausgesprochen politische Motive im Vordergrund standen — die nachhaltige Schwächung Deutschlands um jeden Preis — ergibt sich auch daraus, daß Frankreich während der Friedensverhandlungen die Annahme des Gegenvorlages der deutschen Delegation an Stelle der geforderten Grubenabtretung der Saarholzenabsenke äquivalente Kohlenlieferungen anzunehmen, verhielt. Bekanntlich wurde der Anspruch Frankreichs auf die Saargebiete im Viererrat mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Entschädigung für die Zerstückung der nordfranzösischen Sechen begründet. Sobald Clemenceau die Annahme dieser zunächst rein wirtschaftlichen Forderung im Viererrat durchgeführt hatte, ergab sich die Plattform für die nächste Forderung: Die Ausbeute dieses bedeutenden Wirtschaftsbereiches in einem fremden Gebiet durch Schaffung einer politischen Sonderverwaltung im Saargebiet sicherzustellen. Damit war der entscheidende Schritt getan, die Lösung des Saargebietes von Deutschland eingeleitet, sie zu einer endgültigen zu machen und sie schließlich nach außen hin durch ein Völkerbundsentscheid zu legitimieren, ergab sich als die in den nächsten 15 Jahren vorzubereitende Aufgabe. Es ist wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, daß ein so schwerwiegender Eingriff in die Lebensverhältnisse des Saargebietes wie seine politische Lösung aus dem deutschen Hoheitsgebiet und die Schaffung einer eigenen Regierung mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Bedürfnisse keineswegs ausreichend begründet werden konnte. Wäre das geschieht in den Vordergrund gestellte wirtschaftliche Motive, mit dem Clemenceau so erfolgreich operierte, tatsächlich vorherrschend gewesen, dann hätten kaum ernsthafte Bedenken bestehen können, das oben angegedeutete deutsche Gegenangebot — Kohlenlieferungen — anzunehmen. Der Profest Brodors-Ritzhaus vom 29. September 1919 brachte die Sachlage klar zum Ausdruck mit der Bemerkung: „Das reindeutsche Saargebiet soll von unserem Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden, obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schenken.“ Die Antwort Clemenceaus auf die deutschen Gegenvorläge läßt die wahren französischen Motive deutlich erkennen. In der Antwort heißt es u. a.: „Der Vertrag sieht nach einer 15jährigen Frist eine Volksabstimmung vor, die dieser Bevölkerung von so zusammengekehrter Art erlauben wird, in voller Freiheit (Oberloosien! D. S.) und nicht notwendigerweise zum Vorteil Frankreichs oder Deutschlands die endgültige Rechtsordnung für das Gebiet, in dem sie lebt, zu bestimmen.“

„Zufammengekehrte Bevölkerung — Volksabstimmung“, diese beiden Worte umfassen das französische Programm. Für die wissenschaftliche Untersuchung scheidet in diesem Zusammenhang selbst die Frage aus, ob der Hinweis auf die Gemischarbeit der Bevölkerung eine bewusste Unwahrheit oder eine grobe Unkenntnis darstellt. Unverkennbar steht auf jeden Fall heute fest, daß die von Clemenceau im Viererrat mit Gefühl vorgebrachte Geschichte von den 150 000 Saarfranzosen, die angeblich in einer Petition um „Mittler“ zu Frankreich haben, den entscheidenden Widerstand Millions und Lloyd Georges (die beide von den Verhältnissen im Saargebiet keine blasse Ahnung hatten) gegen die französischen Pläne auf Schaffung einer selbständigen, der deutschen Hoheit entzogenen Saargebietes entzifferten. Für Frankreich wurde allein dadurch der Weg zum Ziele — endgültige Trennung von Deutschland — geöffnet. Ohne das Mandat Clemenceaus wäre die Forderung der staatslichen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland niemals zustande gekommen.

Die französische Rechnung erwiebs sich, was die Bevölkerung anging, als grundfalsch. Entweder hätte man den reindeutschen Charakter der Einwohner übersehen oder die Schwierigkeiten, diese in ihrem natürlichen Wesen zu ändern, unterschätzt. In dieser Tausche änderte natürlich nichts die von der ganz unter französischem Einfluß stehenden Regierungskommission gegenseitlich eingeführte künstliche Unterscheidung zwischen im Saargebiet geborenen und dort nicht geborenen Personen. Letzteren wird heute noch — der Kuriosität halber sei es erwähnt — das positive Wahlrecht zum Landesrat vorbehalten, obwohl sie sich durch nichts von den „Eingeborenen“ unterscheiden. Ein gemißwärtiger Zeuge, der nationalistische Wegner Meißner urteilte am 7. Dezember 1925 wie folgt: „Wenn die Verasser des Versailles Dokumentes sich die Mühe genommen hätten, sich zu

informieren und persönliche Erkundigungen einzuziehen, so hätten sie gefunden, daß die geographische Zerstückelung Deutschlands auf das Saargebiet, das ebenso preußisch wie Brandenburg ist, keine Anwendung findet.“

Die ähneren Bedingungen, zum Ziel zu gelangen, lagen für Frankreich denkbar günstig. Der Grubenbesitz sicherte in dem von der Kohle abhängigen Industriegebiet die wirtschaftliche Bortschrittlichkeit. Kohlenhoftoft brachte die Atomwirtschaft der gesamten Saarindustrie sehr rasch in französische Hände, von den köchlingischen Eisen- und Stahlwerken abgesehen. Die — nebenbei bemerkt vertragswidrige — Einführung des französischen Franken als alleinige gesetzliche Währung im Juni 1923 und schließlich der Zollanschluss des Saargebietes an Frankreich am 10. Januar 1925 vervollständigte die zwangweise wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen. Nur ein Faktor drehte sich nicht mit: die Bevölkerung, und hier verlorsten auch die Zwangsmaßnahmen. Die französischen Bestrebungen, die Einwohner des Saarbeckens für Frankreich zu gewinnen, setzten naturgemäß mit besonderem Nachdruck bei den Gruben ein, deren Arbeiter, mit Angehörigen, fast 30 Prozent der Bevölkerung ausmachend, in direkter Abhängigkeit von der französischen Regierung standen. In richtiger Einschätzung der Rolle, die der Jugend im Jahre 1925 bei der Abstimmung zufallen würde, errichtete man französische Grubenschulen, die, wiederum im Widerspruch zum Versailles Vertrag, der diese nur für die Kinder des französischen Grubenpersonals vorsah, auch den Kindern der deutschen Bergleute zugänglich gemacht, ja sogar solchen von Nicht-Bergleuten, zugänglich gemacht wurden. Mit Vergünstigungen (Lehrmittelfreiheit, Bekleidungsbeihilfen usw.) mehr oder noch durch Drohungen und Bestrafungen brachte es Frankreich unter ildlichsteter Ausnutzung seiner Macht als größter Arbeitgeber zuwege, daß vorderehend etwa 3000 Kinder — jirta 3-4 Prozent der gesamten Schulfugend — dem französischen Schulunterricht bewohnten. Hilfsposten leistete dabei die Regierungskommission, die trotz der klaren Rechtslage des Saarkantates gegen diese Ausbreitung des französischen Schulwesens keinen Einspruch erhob, ja sogar verhielt, daß die einheimischen Volksschulen dieselbe materielle Vergünstigung (Lehrmittelfreiheit) wie die französischen Kolonialschulen bieten. Wandel wurde erst nach jahrelangen Bestreitungen des Landesrates und der deutschen Regierung in Genf geschaffen, als auf Anweisung des Völkerbundsrates die Regierungskommission 1924 eine Bestimmung erließ, die allen Vergleichen Schug zusagte für den Fall, daß ihnen Nachteile erwüßten, wenn sie ihre Kinder nicht in die französischen Schulen schickten. Von diesem Zeitpunkt an setzte eine starke Rückwanderung in die deutsche Volksschule ein, so daß heute bereits die französischen Schulen im Saargebiet auf den Aussterbeetat gesetzt sind. Ebenso groß war der Mißerfolg, den Frankreich mit der Gründung einer franzosenfreundlichen Partei erlitt. Unter der Parole „Das Saarland den Saarländern“ machte der von dem französischen Propagandaoffizier Rißler ins Leben gerufene (genannte „Saarbund“ mit gelassenen Elementen separatistische Propaganda. Die Zugehörigkeit zu diesem Bunde bildete lange Zeit die Voraussetzung dafür, daß man auf den Gruben beschäftigt werden konnte. Unter den zahlreichen Druckmitteln, die seitens französischer Bergbeamter zur Mißgübedruefung angewandt wurden, spielte die rigorose Verhängung über die den Jrtus gehörigen Grubenbewohnungen eine besondere Rolle. Als der „Saarbund“ sich fast genug glanzte, versuchte er antäufig der Landesratswahlen im Januar 1924 einen entscheidenden Vorstoß, indem er eine eigene Liste aufstellte. Trotz enormer Propaganda fiel er jedoch durch. Von den 30 Mandaten konnte er keines erringen. Auch sein mit französischen Regierungsmitteln ins Leben gerufene Propagandaaorgan, der „Neue Saarkurier“, (der sich beziehungsweise ursprünglich im Unterstitel „Nouveau Courrier de la Saare“ nannte und zur Hälfte in französisch erschien, trotz reiner Deutschsprachigkeit des Gebietes) versuchte vergeblich die Entfremdung über den Wahlausgang zu verhindern. Der katastrophale Mißerfolg des „Saarbundes“ wird illustriert durch das Ergebnis der Sicherheitsmännerwahlen im Bergbau, die ein Jahr später, im Januar 1925, stattfanden. Von über 40 000 Stimmen entfielen auf den Saarbund knapp 70 (siehe Seite 70). An dieser Stelle verdient der hervorragende Anteil hervorzuheben zu werden, den die Gewerkschaften, dank ihrer Ge-

schlossenheit, an der Vereitelung der französischen Pläne hatten. Diese Geschlossenheit und Disziplin war um so bemerkenswerter, als sich die Gewerkschaften im Saargebiet eigentlich erst nach der Revolution in beachtlichem Ausmaß entwickelt hatten, da vor dem Erlaß des Hilfslosgesetzes Ende 1917 die Koalitionsfreiheit im Saargebiet praktisch sehr stark eingeschränkt war.

Was von der in besonderer Weise den französischen Bestrebungen ausgehenden Bergarbeiterfrage gilt, hat in gleichem Maße Geltung für die gesamte Saarbevölkerung. Es bedarf, um ein Beispiel der jüngsten Zeit zu nennen, nur des Hinweises auf den geradezu überwältigenden Verlauf der Jahresfeier, die in schönem Sinne aus dem Volksempfinden heraus, trotz Not und Sorge ein freudiges Begegnis zu Deutschland wurde.

Zusammenfassend läßt sich sagen: der innere Widerstand der Bevölkerung des Saargebietes gegen die französischen Bestrebungen war zu stark, um überwunden werden zu können.

Es wäre verfehlt, allein diesem Faktor für die veränderte Einstellung Frankreichs zur Saarfrage entscheidende Bedeutung beimessen zu wollen. Auch die Saarfrage, deren Entscheidung offiziell beim Völkerbund liegt, wird nach Maßgebungsstellen geregelt werden. Angesichts des starken Menschenvertrauens, den Frankreich durch den Krieg erlitten hat, des gleichzeitigen Tempos der Bevölkerungszunahme, angelehnt der Lusten der äußeren und inneren Staatschancen, nicht zuletzt aber der isolierten Schmierigkeiten und der zunehmenden Erstarrung Deutschlands entsteht für die französische Politik die Aufgabe, ihre abnormal erweiterte Machtsphäre auf ein Maß zu bringen, das sie mit den verfügbaren Mitteln auf die Dauer behaupten kann. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, erscheint allerdings bei oberflächlichem Hinsehen für Frankreich der Besitz der Saargruben, der Saarindustrie und des französischen Absatzmarktes verloren. Die Rentabilität der Saargruben ist jedoch, wie man weiß, trotz Kaubaus im letzten Jahre so stark gesunken, daß die Behauptung dieses Wirtschaftsteiles auf die Dauer kaum ins Gewicht fallende finanzielle Vorteile bietet. Zudem ist die Kohlerzeugung der Saargruben so gering, daß sie im Hinblick auf den enormen Bedarf der lehrreichen Industrie gar keine Rolle spielt. Die sich aus der Zollabsicherung ergebenden Schwierigkeiten für die bekanntlich überwiegend in französischen Kapitalbesitz befindliche Saarindustrie treten zurzeit zwar in ihrem normalen Ausmaß noch nicht in die Erscheinung, da das Reich durch umfangreiche Zollbindungen die Unterbindung der Ausfuhr nach Deutschland bisher verhindert hat. Außerdem läßt die produktionsbegünstigende Wirkung der Franzentation die schwersten Schädigungen, die sich unter normalen Bedingungen aus der Verdünnung der Saarpromotion von ihrem natürlichen deutschen Absatzmarkt ergebe, nicht wirksam werden. Früher oder später werden aber diese latenten Schwierigkeiten die Rentabilität des französischen Kapitalbesitzes, einschließlich der Gruben, in Frage stellen.

Es wäre zu weit gegangen, wollte man diesem Rentabilitäts Gesichtspunkt eine entscheidende Rückwirkung auf die Einstellung der französischen Politik zur Saarfrage erwarten. Die tieferen Ursachen liegen in der politischen Kräfteverteilung, die sich begründet, deren Entwidlungslinie eingangs schon mit den Worten Versailles — Locarno angedeutet wurde. Der Umstand, der sich seit Versailles langsam, aber sicher vollzogen hat, nämlich die veränderte Haltung der Entente Staaten zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit geradezu klassischer Deutlichkeit illustriert. Während Deutschland früher als unwürdig bezeichnet wurde, im Völkerbund einen Sitz innezuhaben,

bemüht man sich heute, es zur Annahme eines Platzes in Genf zu bewegen. Genf ist nicht aus reiner Nächstenliebe. Man braucht Deutschland. Die Weltwirtschaft ist durch die Kriegs- und Friedenswirkungen grundlegend verändert worden, notwendige Abgleichsmaßstäbe sind in Übersee verloren gegangen, die Konjunkturstärke Europas und Russlands wurde erheblich verringert. Die Vereinigten Staaten, ehemals Schuldner, sind heute die Gläubiger Europas geworden. Dazu Arbeitslosigkeit in England, Währungskrise in Polen, Belgien, Frankreich. Die Ueberspannung der politischen Macht, die Entschiedenheit des Volkswissens, die Heranziehung der Fortschritt zum Kampf gegen die Weisen, haben im Endeffekt zu einer Krise bei den „Siegerstaaten“ geführt, die die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig macht. Marokko, Syrien, Indien, China, überall wird der Bestand der europäischen Herrschaft bedroht. Die Leuzen Englands und Frankreichs ist unerkennbar, sich zunächst von der Sorge zu befreien, die mit der Aufrechterhaltung einer Zwangspolitik gegenüber dem langsam wieder erstarrenden Deutschland notwendigerweise verbunden ist, um Kräfte für die Verteidigung der in Außer-Europa bedrohten Interessen frei zu bekommen. Das in dem Vertrag von Locarno festgelegte System der wechselseitigen Grenzgarantien und Friedensversicherungen scheint geeignet, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Der harte Kampf, der in Locarno in die Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundesstatutes geführt wurde, läßt deutlich erkennen, welche große Bedeutung man einer freiwilligen deutschen Unterstützung der Völkerbundspolitik, die vorerst noch eine Politik Englands und Frankreichs ist, beimißt. Diese Politik hat eine Stabilisierung der Verhältnisse in Europa zur Voraussetzung. Es müssen daher alle Geiselpunkte beseitigt werden. Als solchen „Geiselpunkt in Europa“ bezeichnet der englische Journalist Robert Donald das Saargebiet. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet erscheint die vorzeitige Lösung der Saarfrage weniger ein Erfordernis, als ein mögliches Entdecken Friedensgeistes von Locarno ersehen wird, sondern als eine Angelegenheit, die der Notwendigkeit entspringt, aus weltpolitischen Erwägungen mit Deutschland zu einem Friedenszustand zu gelangen.

Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß die deutschen Unterhändler in Locarno ihre Fügung zum Beitritt Deutschlands in den Völkerbund u. a. von der Bedingung abhängig gemacht haben, daß in nächster Zeit erstens auf eine Regelung der Saarfrage herangegangen wird. Sobald Deutschland dem Völkerbund angehört, wird es ihm bei der öffentlichen Diskussion der Saarfrage zugute kommen, wenn es darauf hinweisen kann, daß die Saarbevölkerung (wie wir es oben an einigen Beispielen kurz geschildert haben) tatsächlich rein deutsch ist und die Voraussetzung, unter der die Ratifizierung der Völkervereinigung zustande kam, eine rein trügerische war. Es wird u. U. weiter anführen können, daß selbst die längere Ueberlassung der Saargruben an Frankreich juristisch kaum noch zu rechtfertigen ist, da die Gesamtvertragspflichtungen Deutschlands durch den Damespal einseitig geregelt sind. Auch die Begründung, daß Deutschland Frankreich die Saargruben als Ersatz für den Föderationsfall der im Krieges vertriebenen nordfranzösischen Zechen schuldet, ist nicht mehr stichhaltig, da diese Zechen ihre Friedensförderungen schon wieder überschritten haben.

Als einzige Lösung kommt für das Saargebiet nur eine vorbehaltslose Rückgabe an Deutschland in Frage. Wenn über den genannten Zeitpunkt dieser Lösung auch noch nichts Bestimmtes gesagt werden kann, so liegt heute jedenfalls schon fest, daß diese Lösung den in Versailles von Frankreich verfolgten Absichten entgegengekehrt sein wird.

## Das Saargebiet nach Deutschlands Völkerbundeintritt.

Seitdem die Radiotechnik in Deutschland für die Allgemeinheit in wenigen Jahren ein allgemeiner Kulturfaktor geworden ist, haben sich ihrer auch die verschiedensten Dringstypen des Bundes der Saar-Bereine nicht verschont. Neben, um weite Kreise des deutschen Volkes mit den Fragen des Saargebietes vertraut zu machen. Nachdem vor etwa einem Jahre Verwaltungsdirektor Vogel im Rahmen einer Vortragsreise über Berlin des deutschen Volkes — veranstaltet von der Berliner Funkstunde — den Anfang mit Radiovorlesungen über das Saargebiet gemacht hatte, sind ihm im

Laufe eines Jahres verschiedene andere Saar-Radio-Vorträge in Leipzig, Königsberg i. Pr. usw. gefolgt. Anfang März stellte unsere Dringstypen Stettin einen entsprechenden Antrag an die Berliner Funkstunde, die ihm auch bereitwillig nachkam. Sie forderte demgemäß den Chefredakteur Richard Pöfjelt zu einem Vortrag über das obige Thema für den 25. März, auf den durch Stettiner Rundfunkgemeinde übermittelt wurde. Herr Pöfjelt als langjähriger Redakteur der Saarbrücker Zeitung hat die Entwicklung der Saarfragen unter lebendiger Führung

nahme mit ausschlaggebenden politischen Führern des Saargebiets noch keiner Ausweitung aufmerksam verfolgt und darf somit als guter Kenner der Saargebietsverhältnisse gelten. Wir geben daher hier seine Ausführungen im Berlin-Stettiner Kundfunk wieder:

**Zuschnitt und grundsätzlich:** Das Saargebiet ist urchenisch ein Land mit 99,5 Prozent lothringischer Bevölkerung. Es bildet die südwestliche Ecke des Rheinlandes, gebildet mit etwa 7/8 zu Breiten und mit 1/8 zur bayerischen Pfalz. Deshalb ist es nicht nur politisch und geographisch falsch, sondern national- und völkerverschieden ein unvergleichlich feiner, beispielsweise Briefe mit der Aufschrift „Saarbrücken i. Lothr.“ oder „Saarlouis in Lothringen“ ins Saargebiet zu senden. Es etwas mehr an der Saar verkommen. Das Saargebiet, wie es auf Grund des Saarvertrages abgegrenzt wurde, hat politisch, wirtschaftlich, kulturell und bevölkerungsmäßig nie zu Vorkriegs- und also nie zu Frankreich gehört. Wenn es im Verlauf von rund 1000 Jahren zum Jahre 62 Jahre unter französischer Regierung, besser unter französischer Gebiete stand, dann nicht: aus politischer Überzeugung der Bevölkerung, sondern aus machtpol. bzw. militärpolitischen Gründen, wobei die Macht nicht auf Seiten der Saargebietsbevölkerung lag.

Das vorauszuweisen bin ich den saarbrückischen Volksgenossen verpflichtet, weil man sie trotz ihres heroischen Kampfes um ihr unerschütterliches Deutschtum, trotz der von Reichsminister Rathenau ausdrücklich festgestellten vorbildlichen Treue und Einigkeit an der Saar immer wieder abendolentes dem lothringischen Volkstum zurechnet. Man sollte sich jedenfalls hüten, dem von Clemenceau in Versailles erdachten Märchen von den 150 000 Saarfranzosen zuzulassen, daß sie durch Verstoß auf die 150 000 Saargebiet gebürtigen und Vertriebenen verstoß, wo man, wie die elässige Wägenfahrt „Die Infanterie“ im Juli v. J. feststellte, tatsächlich der Saargebiets in Frankreich gesammelt hat. Als man im Saargebiet von dieser Behauptung Clemenceaus hörte, hat man zunächst betrauert darüber gelacht, da man sich nicht vorstellen konnte, wo Clemenceau diese 150 000 Saarfranzosen entdeckt haben wollte. Man lachte aber nicht mehr, als man erfuhr, welche politischen Absichten Clemenceau mit dieser Behauptung verfolgte und welche Erfolge er schließlich auch damit erzielte. Gewiß, die ertriebene Glatte Annexion des Saargebiets ist Frankreich in Versailles nicht gelungen.

Wilson und Lloyd George mochten damals gemerkt haben, daß mit dem französischen Anspruch auf das Saargebiet etwas nicht ganz in Ordnung war. A. Sehle oder beiden das politische wie das geographische Verhältnis für dieses an sich keine Saargebiet, das außerhalb der Grenze lag, die Frankreich als Friedensgrundlage gebildet hatte. Als dann am 8. April 1919 Lloyd George den Vorschlag machte, dem Saargebiet die Unabhängigkeit unter der Autorität des Völkerbundes zu geben, da ernte er die Antwort nicht, daß er damit die Grundlage dafür, die in den folgenden Jahren den Völkerbund in eine immer sicherere Lage zu seinen Grundstücken vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, von Gerechtigkeit und Demokratie brachte.

Wenn man die Saargebiet in ihrer ganz politischen, wirtschaftlichen, nationalen und sozialen Bedeutung verstehen will, dann muß man von dem Grundgedanken ausgehen, der die Frage überhaupt erheben ließ. Dieser Grundgedanke ist in Artikel 43 des sogenannten Versailler Friedensvertrages niedergelegt, wo bestimmt wird, daß Deutschland „als Ersatz für die Zerstückelung der Kohlengruben in Nordfrankreich“ das vollständige und ausschließliche Eigentum an den Kohlengruben im Saarbecken abzutreten hat. Daß man hier lediglich die Kohlengruben Nordfrankreichs vor sich, um die politischen Ziele im Saargebiet zu verdeutlichen, darauf macht der französische Generalkonsul und Gesandte a. D. Eray in seinem außerordentlich interessanten Buche „Der unauflösbare Frieden“ aufmerksam. Dieser gibt in Kapitel 6, das das Saarbecken behandelt, einen Brief Briand's vom 12. Januar 1917 an den französischen Volschaffter in London wieder, der unter anderem folgenden Passus enthält:

Selbstverständlich muß das Eisen und Lothringen uns zurückerstattet werden, nicht verstimmt wie nach dem Vertrag von 1875, sondern ohne Grenzberichtigungen, wie vor 1790. Wir hätten dann geographisch und mental das Saarbecken, dessen Bezug wesentlich ist, für unsere Industrie.

Aber nicht erst 1917 tauchten die ersten französischen Ansprüche auf das Saargebiet auf, schon 1912 spielten die reichen Schätze in den tiefen Schächten der Saarberg, die schwarzen Diamanten, in den geheimen Annäherungen zwischen Poincaré und dem damaligen russischen Volschaffter in Paris, Nowostki, eine bedeutende Rolle. Wenn man im übrigen noch im Zweifel über die Tendenz der französischen Ansprüche auf das Saargebiet sein könnte, dann hat sie Tardieu in seinem Buche „Der Frieden“ teilslos zerstreut. Die Absicht der Annexion des Saargebiets geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor. Eray nennt die Versailler Regelung über das Saarbecken ohne Befragen der Bevölkerung eine Verletzung der

jenigen Grundgedanken, die in den bekannten Versailleschen 4 Punkten das Selbstbestimmungsrecht der Völker behandeln.

Schon die deutsche Friedensdelegation wies in Versailles darauf hin, daß die Sicherstellung einer Nationalitätssicherung für die zerstörten Gruben in Nordfrankreich auf anderem Wege erfolgen konnte, als dadurch, daß man mit der Uebertragung der Saargeuben an Frankreich auch die zu diesem Gebiet gehörende Bevölkerung einer fremden Verwaltung unterstellte. Wenn sich die alliierten Mächte einer anderen gerechteren Regelung widerlehnten, so gab sich aus hieraus der unvermeidbare Wille, weniger eine Entschädigung zu verlangen, als einer nachträglichen Annexion des Saargebiets Vorlauf zu leisten.

Man hat in Versailles zur Sicherstellung der ungehinderten Ausbeutung der Saargeuben durch die Bevölkerung urdeutsches Land in einer Ausdehnung von rund 2000 Quadratkilometer mit etwa 700 000 Einwohnern vom Deutschen Reich abgetrennt und der Verwaltung durch eine Völkerbundskommission unterstellt. Man hat es weiter als politisch von Deutschland abgetrennt und es Frankreich angegliedert. Man erklärte die alliierten und allierten Mächte, daß sie die größte Sorge darauf verwenden sollten, den Bewohnern des Gebietes jeden materiellen oder moralischen Schaden zu ersparen. Das ganze System der Verwaltung in Jura- und Straßburgbezirk und auch das Steuerwesen sollte ausdrücklich aufrecht erhalten werden, die Bewohner sollten ihre politischen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und den Gebrauch ihrer Sprache behalten, alle bestehenden Bürgerschaften zum Schutze der Arbeiter sollten aufrecht erhalten werden, und die neuen Gesetze den vom Völkerbunde angenommenen Grundgrundsätzen entsprechen.

Alles das versprochen man feierlich. Man schuf für die Verwaltung des Saargebiets ein besonderes Statut und erließ für die Verwaltungskommission besondere Instruktionen, die klar und deutlich die Regierungskommission verpflichteten, keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohl der Bevölkerung des Saargebiets zu haben. Wenn man sich der Kämpfe erinnert, die wegen der ersten Zusammenkunft der Regierungskommission im Völkerbunsrat besonders zwischen Frankreich und England geführt wurden, wenn man weiß, unter welchen Umständen der französische Staatsrat Paul Painlevé, ein bisher einziger Präsident der Saargebietverwaltung wurde und blieb, der ist nicht verwundert darüber, daß diese Regierungskommission lediglich französische Politik im Saargebiet trieb und förderte. Die bisherige Regierungskommission konnte, da Deutschland keinerlei Einfluß auf den Völkerbund hatte, nur französische Politik treiben. Hätte es sich um eine von neutralen, von wahren Völkerbundsmitgliedern gebildete Regierungskommission gehandelt, dann hätte sie trotz der Hart in französischem Interesse formulierten Bestimmungen des Saarlouis eine Aufrechterhaltung einrichten, im Rahmen die hohen Ideale und demokratischen Grundzüge des Völkerbundes praktische Erfolge können. Aber von Anfang der Verwaltungskommission der Saargebietung an, zeigte sich, daß sie — um mit einer der Saargebietverwaltung zunächst naheliegender Persönlichkeit zu sprechen — sich bemühte, nachträglich das zu erreichen, was englischer, französischer und amerikanischer Willkür in Versailles nicht zuließ, nämlich die Annexion für Frankreich.

Obwohl das Saarlouis im § 30 festlichen Mittelfrieden unterliegt und zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Einwirkung einer ständigen Gendarmerie und Wache erhielt, blieb bis zum heutigen Tage französische Besatzung im Saargebiet.

Obwohl § 32 des Saarlouis die deutsche Mark als gleichberechtigt anerkennt, und nur bestimmt, daß auch der Umsatz französischer Gutes keine Schutzbeschränkung gemacht werden dürfte, die Regierungskommission gegen den Willen der Bevölkerung den französischen Franken ein.

Obwohl § 27 ausdrücklich bestimmt, daß die goewirtschaftliche Lage der Bevölkerung des Saargebiets von den nachstehenden Bestimmungen nicht berührt werden darf, schuf die Saargebietverwaltung eine Art laarbrückische Staatsangehörigkeit, die sogenannte Saargebietseigenenschaft mit dem ausschließlichen Zweck, den neu zu ziehenden Franzosen die gleichen Rechte wie der Saargebietsbevölkerung einzuräumen. Die Anwendung der Bestimmungen über die Saargebietseigenenschaft hat sich in der Praxis sogar so ausgebreitet, daß in das Saargebiet gezogenen Franzosen größtenteils Rechte zuerkannt wurden, als laarbrückischen Bewohnern.

Die Vertretung der Interessen von Einwohnern des Saargebiets im Ausland übertrag Herr Paul Frankreich.

Obwohl § 23 des Saarlouis die Vorrichtung enthält, daß Gesetzes- und Verwaltungsänderungen nur nach Anhörung der gewählten Vertreter der Einwohner beschlossen und ausgeführt werden dürfen, hat sich die Regierungskommission nie mehr daran hindern lassen, Gesetze und Verordnungen auch ohne Erfüllung dieser Vertragsbestimmung in Kraft zu setzen, wenn es im politischen oder wirtschaftlichen Interesse Frankreichs lag.





# Warnung vor übertriebenem Optimismus.

Mit dem Abschluß des Locarno-Paktes und den Berechtigungen der Locarno-Mächte in Gené, ist vielfach in deutschen politischen Kreisen die Auffassung geäußert, daß nunmehr eine neue Zeit in den Beziehungen der einmals feindlichen Völker eintreten würde, so daß es nicht angebracht erscheine, die bisher eingemommene Kampfstellung in der bisherigen Form beizubehalten. In der fälschlich geführten Aussprache des Deutschen Reichstages, der Besprechung des Staats des Ministerrats für die besetzten Gebiete ist sowohl von dem deutschen Zentrumsgabordneten Dr. Raabe-Trier, als von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Jaspé (DVP.) und Raschig (Dém.) darauf hingewiesen worden, daß sich bisher die Locarno-Rückwirkungen praktisch so gut wie noch gar nicht bemerkbar gemacht haben. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß das, was man vielfach als Rückwirkungen des Locarno-Vertrages anpricht, überhaupt nicht als Rückwirkungen bezeichnet werden kann, weil es verträgsmäßige Rechtsansprüche sind. Das Besatzungsregime, wie es sich entwickelt hat, und um dessen Abmilderung sich heute schwierige Verhandlungen geführt werden, widerspricht grundsätzlich den Versailles-Diktatbestimmungen wie auch die jetzt noch aufrecht erhaltene Stärke der Besatzungsgruppen im Rheinlandschloßmanne feierlich findet. Die Frage der Aufrechterhaltung der Besetzung überhaupt ist eine solche, die sich weniger auf Grund des Locarno-Vertrages als auf Grund des Artikels 431 des Versailles-Vertrages regeln müßte, wo eine vorzeitige Kündigung nach vollständiger Vertragsverfüllung Deutschlands festgelegt ist.

Von besonderer Bedeutung sind auch die Ausführungen, die in diesem Zusammenhang über das Saargebiet gemacht worden sind. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Zurückziehung der Saartruppen schon vor sechs Jahren hätte erfolgen müssen, daß der jüngste Reichstag die Völkerverdrängung über ihre Zurückziehung den vertraglichen Forderungen nicht entspricht, und daß die Möglichkeit, französische Truppen nach dem Verfallhalten der Regierungskommission jederzeit wieder ins Saargebiet zurückgeschoben werden könnten, den Versuch einer weiteren flagranten Verletzung des Saartatsus darstellt.

Die gleiche Auffassung über Locarnogeist und Vertragserfüllung kam in einer Sitzung des Beratungs- und Verwaltungsausschusses des Bundes der Saar-Bereine am 20. März durch verschiedene Vertreter politischer Parteien aus dem Saargebiet zum Ausdruck. Was die Neuwahl der Regierungskommissionsvertreter durch den Völkerversammlung betrifft, so stellt sich nach Auflosung dieser Völkerversammlung die Frage, wie eine Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand dar. Die französische Mehrheit in der Saargebietregierung ist durch die Wiederernennung der Herren Lambert und Tezenast und mit der Neuernennung des Herrn Morize auf alle Fälle sichergestellt. Ob Herr Stephens in der Lage sein wird, sich gegen den vorherrschenden Einfluß durchzusetzen, muß erst die Zukunft erweisen. Zudem bietet die Notwendigkeit einer Neuverteilung der Arbeitsgebiete innerhalb der Regierungskommission vielfach willkommenen Anlaß, den französischen Einfluß weiterhin zu vergrößern.

Hat Frankreich seine politischen Bestrebungen im Saargebiet aufgegeben? Diese Frage ist oft gestellt worden, aber wohl nur selten richtig beantwortet worden. Eines ist gewiß, die bisher von Frankreich zur Anwendung gekommenen Methoden haben der französischen Saarpolitik einen rechtlichen Erfolg gebracht. Aber es wäre ein Irrtum und ein Selbstbetrug, wollte man annehmen, daß damit Frankreich nun überhaupt auf das Saargebiet verzichtet habe. Nur zu viele Anzeichen liegen dafür vor, daß das Ziel noch immer dasselbe ist, das man aber versucht, mit anderen Methoden zu diesem Ziel zu gelangen. Wenn nun oberflächlichen Beurteilern jetzt die Meinung vertreten wird, der Sieg im Saargebiet ist bereits zum Nutzen Deutschlands endgültig entschieden, so verkennt man vollkommen die Lage. Wenn man in Frankreich jetzt eingeleitet, daß Frankreich sein Ziel im Saargebiet nicht erreicht hat, so liegt darin zunächst nur das Eingeständnis, daß die bisher verfolgten Methoden falsch waren. Erst versucht man durch scheinbare Untätigkeit allmählich die Wachsheit der Saarbeitsbevölkerung und des übrigen deutschen Volkes, das nationale Bewußtsein an der Saar einzuschärfen. Diesen Zustand verurteilt man jetzt um so mehr herbeizuführen, weil man hofft, ihn in Verbindung mit der Notlage den Sorgen der Bevölkerung in politischen Kreisen bewusster auszunutzen zu können. Gerade jetzt, wo Herr Raoul sein Regiment ablegt, wo der Saarbund\* und die übrigen französischen Propagandabteilungen verschwunden sind, wo man selbst in französischen Kreisen die Auffassung vertreten hört, das Saargebiet ist für Frankreich verloren, in diesem Augenblicke muß die Wachsamkeit gegenüber französischen Heberungsversuchen oder Einschüchterungsmethoden im Saargebiet besonders groß sein.

Den Deutschstumpfsinn an der Saar kann es nicht dienen, wenn durch falsche Fehler auf deutscher Seite nach außen hin der Eindruck aufkommen muß, als verkenne man auf deutscher

Unternehmerseite durchaus den Ernst der Lage, der sich aus der nicht zu bestreitenden Notlage der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung ergeben muß. Es sind wirklich eigentlich nur falsche Fehler, wenn in der Arbeiterchaft die Auffassung um sich greift, daß die deutsche Unternehmerschaft und ihre Lohnpolitik den französischen Großunternehmern einen vollkommenen Erfolg gibt, zu erklären, daß sie keine Notwendigkeit empfinden, bessere Löhne zu zahlen als die deutschen Unternehmern. Eine geistliche Regie würde mit weitblickenden sozialen und politischen Verstandnis für die darbenenden breiten Massen dem Deutschstumpfsinn an der Saar ein politisches Bius verschaffen, den gegenüber selbst die neuen französischen Methoden zur westlichen Orientierung des Saargebietes völlig unwirksam bleiben müßten. Zusammenarbeit zwischen deutscher Unternehmerschaft und deutscher Arbeiterchaft ist dringendes Gebot der Stunde, nicht allein aus sozialen Gründen, sondern aus politischen Erwägungen.

Zweifellos, an der deutschen Haltung der Saargebetsbevölkerung hat sich bisher nichts geändert. Man sollte sich aber trotzdem nicht täuschen, welche politischen Rückwirkungen langandauernde wirtschaftliche Not der breiten Massen auf die Gestaltung des Zukunftsbildes des Saargebietes ausüben müßte. Man braucht nur einen Blick in die parteipolitische und in die Gewerkschaftspresse zu tun, um zu erkennen, welche Gefahren sich entwickeln. Und da parteipolitischer Egoismus, persönlicher Ehrgeiz und transtafte Heberbereitschaft einzelner das gemeinsame Ziel da und dort an der Saar aus ihrer ganzen inneren Einstellung heraus in den Hintergrund treten lassen, und gern mit Notizen sich billigen Beifall bei der Menge zu verschaffen suchen, so ist es kein Wunder, wenn allmählich sich in einem Teil der darbenenden Bevölkerung eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber jenen Vorgängen entwickelt, die Gefahren in sich birgt.

Gerade katastrophal liegen die Dinge an dem Gebiet der Sozialversicherung und des Arbeiterrechtes. Durch die rückwärtige Lösung des gesamten sozialen Versicherungswesens an der Saar und durch die Errichtung selbständiger Versicherungsanstalten auf den verschiedenen sozialen Gebieten sind die sozialen Löhne infolgeentsprechend auch nur ungenügend und entprechend was die Reichsversicherung zu haben in der Lage ist. Hier ist die Saargebietregierung aus politischen Gesundheitspunkten heraus einen Weg gefunden, der für die Arbeiter- und Anstelltenchaft geradezu katastrophale Folgen haben müßte. In wie weit die in Frage kommenden Stellen innerer in der Lage gewesen wären, die Abtrennung der Sozialversicherung zu verhindern, ist eine Frage, die hier nicht erörtert zu werden braucht, da an der Tatsache sich nichts mehr zu ändern ist. Immerhin kann es den zünftigen Reichs- und Landesstellen nicht gleichgültig sein, wenn eine rein deutsche Bevölkerung von rund einer halben Million Köpfe der bittersten Notlage ausgesetzt wird, weil die Saargebietregierung sich aus politischen Gründen zu dieser Neuregelung entschloß und die Frankennationalität die an sich geringen Leistungen der inaktiven Versicherungsstellen weiterhin um ein Erhebliches herabdrückte. In der Breiten der laarländischen Versicherungsnehmer sind daher schon bei den verschiedenen Gelegenheiten Klagen geäußert worden, die auf eine Wiederbereinigung der laarländischen Sozialversicherung mit der Reichsversicherung abzielen. So idematisch dieses Problem an sich erscheinen mag, läge der Wille auf seiten der Saargebietregierung vor, die Saargebetsbevölkerung, in diesem Falle das große Heer der Arbeitnehmer, vor jeden und materiellen und moralischen Schäden zu bewahren, dann würde sich auch der Weg hierzu finden lassen.

Eine besondere Bedeutung für die ganze wirtschaftliche Entwicklung des Saargebietes ist die der Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich. Von seiten der deutschen Bergleute und der deutschen Grubenbeamten sieht man mit Besorgnis den Abbaumethoden der französischen Grubenleitungen zu, die zu einem völlig wirtschaftlichen wie technischen Zusammenbruch führen müßten. Vor dem Kriege wurde unter preussischer und bayerischer Leitung die Ausbeutung von dem Gesichtspunkt aus vorgenommen, das Kohlenvorkommen in den in Wäden befindlichen Feldern aus reiflos auszubenten, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um stark oder schwache Flöze handelt. Grundbedanke war, von dem wertvollen Kohlenvorkommen nicht verloren gehen zu lassen. Wenn dadurch an sich auch nicht eine so hohe Rentabilität erzielt wurde, als wenn nur die starken Flöze abgebaut werden würden, so wurde mit dieser Methode jedoch erreicht, daß tatsächlich ein reifloser Abbau der betreffenden Kohlenfelder vorgenommen wurde. Die französische Grubenverwaltung dagegen legt die weniger ergiebigen Flöze liegen und heuert nur die starken aus. Sie konnte damit vorübergehend zwar eine hohe Förderungsleistung und eine günstige Rentabilitätsstatistik aufmachen, vergebte damit aber die Kohlenvorkommen der schwächeren Flöze. Die verhältnismäßig günstigen Förderergebnisse der französischen Grubenverwaltung waren aus dadurch möglich, daß ihnen die preussische und bayerische Grubenverwaltung nach 1918 rund 5 bis 6 Jahre Vorrichtungsarbeiten hinterlassen hatte. Jetzt

wach aus von französischer Seite an solche Vorrichtungsarbeiten, die bekanntlich nicht produktiv sind, herangegangen werden. Ueber den ungenügenden und leichtfertigen Betrieb der ausbeuteten Stollen ist schon wiederholt berichtet worden. Wachsen davon, daß dadurch mit der Zeit der ganze Grubenbetrieb gefährdet, zum mindesten schwieriger gestaltet wird, machen sich diese gleichwichtigen Abwärmehöfen auch an der Oberfläche durch zunehmende Grubenwässer bemerkbar.

So ergab die Ausgabe über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar ein zusammenfassendes, lautes Bild, was zur sachlichen Fortführung und Kräftigung der Arbeiten des Bundes der Saar-Bereine von großer Bedeutung.

### Kleine politische Umschau.

Aus dem Reichsbereich Notions.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ teilte mit, daß der Regierungs- und Schulrat Vell, der bisher in der Schulabteilung des Bezirkes für mehrere Kreisfunktionsinspektionen sowie für das Rechnungswesen und Schulbauwesen innehatte, plötzlich als Kreisfunktionsdirektor nach Homburg in der Pfalz versetzt wurde. Es handelt sich also um eine Versetzung in ein niedrigeres Amt und somit um eine Maßregelung. Es ist jedoch bisher noch nicht bekannt geworden, welches die Gründe dieser auffälligen Maßnahme der Schulabteilung der Regierungskommission gegen Herrn Vell sind. Dieser heißt als einzige markante Kennzeichnung der Ära des Herrn Vell übrig, daß er ein tüchtiger Verwaltungswissenschaftler und ein aufrechter Deutscher ist. Das sind allerdings Eigenschaften, die nicht immer in der Saarregierung beachtet sind. Vielleicht findet sich daher hierin die Erklärung für seine Zurücksetzung. In einem Schreiben an die „Landeszeitung“ behauptet Herr Dr. Regenstorf allerdings, daß durch die Versetzung des Herrn Vell nach Homburg dieser „ein Amt von mindestens denselben Range erhalten hat, wie das alte.“ Er bleibt in der Beförderungsgruppe XV, lo daß die Versetzung ohne Disziplinarverfahren rechtlich möglich sei. Sie sei erfolgt nicht aus politischen, sondern rein dienstlichen Gründen, da „die Schulratsstelle bei der Zentralverwaltung, die Herr Vell bisher verwaltet hat, eingezogen“ wurde.

Wie lange noch „Garnisonstruppen“?

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte das „Saarbrücker Abendblatt“ eine von ihm als offiziell bezeichnete britische Mitteilung über das widerrechtliche Verbleiben französischer Truppen im Saargebiet, die dem Londoner Mitarbeiter des Blattes von maßgebender englischer Stelle gemacht wurde. In der Mitteilung heißt es, der neu ernannte französische Regierungspräsident Stepiens werde gern bereit sein, nach Kräften dafür zu plädieren, daß die französischen Truppen (auf die die Regierungskommission in der Gestalt nicht verzichten zu können beabsichtigt, h. A.) überhaupt ausgeschlossen und in vollem Umfang durch die Gendarmerie ersetzt würden. Das sei auch der Standpunkt des Völkerverbundes und von diesem sei unter Zustimmung Frankreichs noch einmal im Prinzip entschieden worden, daß das Saargebiet möglichst völlig von Truppen geräumt werde, und daß dann der vertragsgemäße Zustand eintrete. Ein weiteres Bataillon sei bereits zurückgezogen oder werde noch zurückgezogen werden. Was die Zurückziehung der noch verbleibenden Abteilungen betreffe, so seien die speziellen Termine noch nicht festgelegt. Aber dem Sinne der Beschlüsse nach werde die Zurückziehung mit ungetrübter Beschleunigung erfolgen. Es stehe zu erwarten, daß in dieser Beziehung keine unzulässigen oder willkürlichen Verschleppungen erfolgen. Der neue Präsident der Regierungskommission werde in dieser Beziehung gemäß sein Möglichstes tun, einem früheren Auftrag in die Vermittlung des Saargebietes Zugang zu verschaffen.

Gegen die Steuerpolitik der Regierungskommission.

Die jüngsten Steuererhebungen der Regierungskommission haben eine lebhafteste Protestbewegung unter den Handel- und Gewerbetreibenden des Saargebietes hervorgerufen. Das Brauereiwesen, der Galvanisierverband des Saargebietes, der Verein der Weins- und Spirituosen-Interessenten legen gegen die Steuerpolitik der Saarregierung allerhöchsten Protest ein. Die beachtlichste Protesteuerung wird als unangebracht und nicht tragbar erklärt. Aus einer Entschließung des Galvanisierverbandes geht hervor, daß die Regierungskommission durch die erhöhten Sätze für Bier, Brauwasser und Tabakerzeugnisse mit einer Mehrerhebung von ungefähr 20 Millionen Franken rechnet. Der Galvanisierverband erklärt in der Durchführung dieser geplanten Steuererhebungen schwerste Erfolge zu befürchten, wenn nicht vollständigen Ruin weiterer Kreise des Gewerbes. Der Verein der Weins- und Spirituosen-Interessenten erklärt, daß der neue Steuerkurs der Regierungskommission die fundamentalsten Grundlagen des Gewerbes erschüttert, in das sie durch die beachtlichste Steuerreform eine ungeheureliche Beunruhigung herbeiführt, hat, die Aussicht für eine Weiterentwicklung erfolglos sei.

Gegenüber diesen Steuerplänen, die sich gegen Handel und Gewerbe der eingeleiteten Bevölkerung des Saargebietes richten, werden hervorgehoben zu werden, daß durch das bekannte Steuerabkommen zwischen Saarregierung und französischer Regierung der größte Nutzen für den Steuerzahler des Saargebietes, der französische Grenzbesitzer, geradezu steuerfrei bleibt. Eine Erhöhung der Kohlensteuer ist jedenfalls nicht gedacht worden.

### Kleine Tageschronik.

Dr. Edener im Saargebiet.

Der bekannte Zeppelinführer Dr. Edener sprach am 27. und 28. März in Saarouis und Saarbrücken über die Fortführung des deutschen Zeppelinbaus. Dr. Edener wurde sowohl in Saarouis wie in Saarbrücken ein geradezu überwältigender Empfang bereitet. In Saarouis gestaltete sich der Edener-Tag zu einem Volkstag in des Wortes wahrster Bedeutung. Die ganze Stadt trug reichsten Farbenschmuck. Mittags fand auf dem Rathaus ein Empfang statt. Ein Sängerkorps von 180 Sängern entbot ihm auf dem Marktplatz das erste Willkommen und die Volksmenge jubelte ihm begeistert zu. In dem historischen Gabelinsale des Rathauses wurde Dr. Edener durch Bürgermeister Dr. Leh als Gast der Stadt Saarouis begrüßt. Der Bürgermeister überreichte ihm denn ein Album der Stadt Saarouis mit einem Beitrag für das Werk des Zeppelinbaus. Hierauf trug sich der Gast als erster in das Goldene Buch der Stadt Saarouis ein. In der Festversammlung am Abend im Saalbau begrüßte den Vertreter des Zeppelinbaus eine tausendköpfige, begeisterte Menge mit nicht endenwollenden Hochrufen. Seine Ausführungen wurden zum Teil mit förmlichem Beifall und immer wiederkehrenden Huldigungen für Dr. Edener aufgenommen.

Am 28. März sprach Dr. Edener in Saarbrücken, wo die Begrüßung gleich herzlich war. Er wurde vom Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Reifes, begrüßt. Wohl selten ist in Saarbrücken ein Mann mit so förmlichem Beifall aufgenommen worden, wie Dr. Edener. Spontan stimmte die Menge nach Ende des Vortrages Dr. Edeners das Deutschlandlied an. Gelegentlich eines anschließenden Bierabends im „Kasteller“ lernte Dr. Edener als Sohn der deutschen Grenzpart im Norden sein Glas aus das Wohl des „Saargebietes in einem glücklichen, kraftvollen deutschen Reich“.

\*

Saarbrücken. In der Mitgliederversammlung des Historischen Vereins für die Saargegend hielt Dr. Edener als Studienprofessor in Red einen Vortrag über die Oberflächengestaltung der Saargegend und ihren Einfluß auf die Befriedung des Landes. Es wies darauf hin, daß während der Würchelzeit sich die höchsten Ufer bildeten, die den Anlandungsreide Kohlenlagen einschloßen und die Waldbildung begünstigten. Die ausgedehnten Wälder unseres Landes reichten nicht zu früher Besiedlung an; erst aus der jüngeren Steinzeit sind uns in Steinbeilen und Feuersteinmesser Spuren menschlicher Tätigkeit erhalten. Die Kobenerunde werden zahlreicher in der Bronzezeit; als die Träger dieser Kultur sind keltische Stämme anzusehen, die von der prächtigen Pfalz bei Augusta (Metz) und von Italien eindringenden Mittelmeerkultur sich zugänglich erwiesen, aber auch der politischen und militärischen Macht Roms erlagen. Die Römer haben den Bergbau auf Kupfer- und Eisenerze eingeführt und die Eisenindustrie angebahnt die dem Saarbrücker Lande seinen besonderen Charakter gibt. Von dem früheren Leiter des Instituts für geschichtliche Landeskunde in Bonn, Professor Dr. Aubin, war die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für arbeitswissenschaftliche Landeskunde angeregt worden. Ihre Tätigkeit soll nicht nur die politische Geschichte, sondern Kulturgeographie, Geographie und Volkskunde umfassen. Dieser Anregung folgend sollen Arbeitsgemeinschaften sowohl innerhalb des Verein als auch in Verbindung mit Nachbarvereinen ins Leben gerufen werden. Die Deutsche Lichtbild- und Filmgesellschaft am 20. März unter dem Vorsitz des Stahlbauingenieur Bongard ihre Hauptversammlung ab. Hauptziel der Gemeinschaft ist es, mit den Mitteln des Lichtbildes und des Films deutsche Volksschule zu fördern. Aus der Rückschau auf das Arbeitsjahr 1925 läßt sich zusammenfassend hervorheben: Es war ein Jahr voll Mühe und Arbeit, die nicht vergebens geleistet wurde, denn das schnelle Aufsteigen der Mittelstufe, die festlich wachsende Anwesenheit beim Vortrage, der starke Besuch der Veranstaltungen im Saalbau, Saarouis bedeuten einen großen Erfolg für die Deutsche Lichtbild- und Filmgemeinschaft an der Saar. Die Gemeinschaft ist bemüht, eine Reihe guter deutscher Filme für das Saargebiet zu erlangen, ferner Reichslichtbildstellen zu gründen, und im übrigen mit ihrem guten Filmmaterial den Kampf gegen Schund und Schmutz anzunehmen.

**Verblich.** Auf dem Nachhauwege wurde ein junger Mann von hier von einem Fremden angefochten, mit ihm noch eine Autourtour zu machen. Als der Bekünder dies ablehnte, verfuhr der Fremde dem Mann gegen eine Mauer zu drücken. Durch Hülfsrufe des jungen Mannes wurden Umwohner auf den Vorfall aufmerksam, so daß der Fremde ein Auto bestieg und verschwand. Man mutmaßt, daß es sich hierbei wieder um einen Werber für die französische Fremdenlegion gehandelt hat.

**Reunfirchen.** In dem großen Feinzertheil der französischen Militär-Verwaltung überlassenen Gendarmenregiments in der Wellesweiler Straße stehen schon seit Monaten drei Wohnungen leer, die für den Wohnungsmarkt nicht in Benutzung genommen werden können, weil die französische Militär-Verwaltung nicht die Genehmigung hierzu gibt. Jetzt sollen am 1. April dieses Jahres Gebäude sowie auch andere der französischen Militär-Verwaltung miethweise überlassene Wohnungen getündigt werden. Da die Kündigungstrift erst am 1. Oktober abläuft, werden wahrscheinlich diese Wohnungen bis zu dieser Zeit unbewohnt stehen bleiben. Obwohl Herr Rauff Feinzertheil selbst als „kommandirender General der Saartruppen“ getrimmt, nimmt er keinen Anlaß, diesen unthätigen Zustand zu beseitigen, hat dadurch geschaffen wurde, daß die Saarregerierung der französischen Besatzung das „Recht“ einräumte, selbstherrlich Wohnungen zu besitzagnahmen.

**Beus.** Das Anwesen des pensionirten Bergmanns Peter Gier in der Biemelstraße ging zum Preise von 30.000 Franken in den Besitz der Witwe Wendgen aus Dellen über.

**Beumarais.** In dem früheren Traindepot wurden 18 Wohnungen eingerichtet, wodurch die Wohnungsnot in dem Dörflchen mit einem Schlage beseitigt ist. Beumarais darf sich rühmen, der erste Ort im Saargebiet zu sein, der kein Wohnungselend mehr kennt.

**Merzig.** Der Arbeiter Martin Schneider aus Brothof wurde beim Ueberstreiten der Kleinbahnstrecke vom Zuge erfaßt und auf der Stelle getödtet. Der Verunglückte hatte in der Dunkelheit des Morgens das Herannahen des Zuges nicht bemerkt. Er fand im 26. Lebensjahre. — Oberpostsekretär Hilt, der sich erst vor etwa einem Jahre zur Ruhe setzte, ist unerwartet einem Schlaganfall erlegen.

**St. Ingbert.** Bei der Versteigerung des Eigentums des Holzschlägers Johann Dahlem wurde das Wohnhaus mit Lagerplatz um den Gesamtpreis von 102.000 Franken versteigert. Das letzte Angebot wurde von Rechtsanwalt Bergmann in St. Ingbert abgegeben. Wie verlautet, soll der ganze Komplex einer Raub zugeschlagen worden sein. — Auf dem hiesigen Eisenwerk (Fabrik) haben auf der Abtheilung Drahtzug 40 Mann ihre Kündigung erhalten. Man bringt diese Kündigung mit den ungünstiger gewordenen Absatzverhältnissen in Verbindung.

**Homburg.** Die Gewerblische Berufsschule feierte am 20. und 21. März ihr 20jähriges Bestehen. Dir. Viersböck gab einen Ueberblick über den Werdegang der Schule, über Hemmnungen und Erfolge und nicht zuletzt über die große Bedeutung der Berufsschule. Die Worte des Landrats Niebhammer waren ebenfalls getragen von großem Wohlwollen für die Aufgaben der Anstalt. Die Ausstellung, die dem Besucher ein recht anschauliches Zeugnis von den Leistungen und dem Fleiße der Schüler und Schülerinnen.

**Mittelberzbach.** Das Wohnhaus der Geschwister Johann gegenüber der katholischen Kirche ist käuflich in den Besitz des Wölbhändlers Paulus übergegangen.

**Niederberzbach.** Auf einem Schulspaziergang wurde die 10 Jahre alte Tochter des Bergmanns Jacob Zell von einem plötzlichen Umwohlerin befallen, so daß sie zusammenbrach und auf der Stelle starb.

**Wiesenthal.** Bei der Bürgermeistervwahl entfielen von 25 abgegebenen Stimmen 24 auf den Bürgermeister Oberhausen, der damit endgültig zum Stadtoberhaupt gewählt wurde.

### Personalnachrichten.

**Aus der Schulverwaltung.** Oberlehrer Kraus ist endgültig zum Rektor des evangelischen Schulsystems in Reunfirchen ernannt worden. — Oberlehrer Triet tritt am 1. April nach 40jähriger Thätigkeit an der Reunfircher Volksschule in den Ruhestand.

**Kirchliche Personalien.** Es wurde ernannt Pfarrer Josef Ferrer in Wolfersweiler zum Pfarrer von Dellen. Es wurde übertragen die Verwaltung von Wolfersweiler Pfarrer Franz Müller von Freien, von Homburg dem Pfarrer Nikolaus

Isald in Geln, von Herz Jesu in Reunfirchen dem Kaplan Johann Degen in Reunfirchen. Anweisung ertheilt Kaplan Nikolaus Ferrer was in Einigkeit als Kaplan zu Weiskeller.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Jacob Bonavenlura und Katharina geb. Höchst in Weiskell.

**Todesfälle, Saarbrücken:** Friedrich Wagner, 82 Jahre; Bezirksformneinsegermeister Friedr. Weismüller, 51½ Jahre; Jakob Pfeiffer, 41½ Jahre; Christian Müller, 76 Jahre; Peter Birly, 72½ Jahre; Jahnsari Dr. Felix Meyer, 74 Jahre; Jacob Färder, 44 Jahre; Karl Linn, 61 Jahre; Frau Margarete Hahn geb. Schuchnecht, 62½ Jahre; Jul. Bahle geb. Paula Nagel, 37 Jahre; Frau Elisabeth Hark geb. Krebs, 25 Jahre; Frau Katharina Krause, geb. Drimann, 77 Jahre; Frau Rosa Pelsold geb. Hoch, 37 Jahre; Frau Wwe. Katharina Müller geb. Henrich, 70 Jahre; Frau Katharina Jenner geb. Aebel, 44 Jahre; Frau Katharina Lowae, 82 Jahre; Frau Wwe. Elise Dorothea Müller geb. Fröhlich, 67 Jahre; Frau Barbara Michl geb. Müller, 63 Jahre; Ernst Jenler, 27 Jahre; Frau Babette Holz geb. Föllitz, 52 Jahre; Joseph Ganser; Frau Witwe Marg. Füllig, 82 Jahre; Frau Heinrich Pfeiffer Luise geb. Grollart, 64 Jahre; Jakob Spaniol, 47 Jahre; Johann Maurer; Frau Elise Mandt geb. Stodaus, 41½ Jahre; Johann Bapt. Schmitt, 63 Jahre; Johann Reiss, 29 Jahre; Frau Ann. Krebs geb. Obermatt, 40 Jahre; Heinrich Ferdinand, 39 Jahre. — **Scheidt:** Otto Heitrich, 19 Jahre; Frau Christiana Wöhr Anna, geb. Kauff, 51 Jahre. — **Freisingen:** Frau Sophie Lowae geb. Quary, 48 Jahre; Frau Maria Rizecker geb. Diener, 77 Jahre. — **Hildingen:** Sültzengeheller Emil Diener, 32 Jahre; Frau Elisabeth Fickel geb. Schmidt, 39 Jahre. — **Wesenthal:** Efride Keller, 40 Jahre; Hauptlehrer a. D. Max Müller, 90 Jahre. — **Wellesweiler:** Frau Sophie Repperich geb. Repperich, 81½ Jahre. — **Bergmannsweiler:** Baubürovermeister Wilhelm Lang, 74 Jahre; Jakob Schmidt, 81 Jahre. — **Hilfsbach:** Staat. Bauvermeister Friedrich Anger, 61 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Aug. Kaufang Sophie geb. Vög, 57½ Jahre. — **Sulzbach:** Fräulein Auguste Adam, 69 Jahre. — **Altenwald:** Rektor Friedrich Gähler, 59 Jahre. — **Wilsbach:** Philipp Heinrich Högel. — **Heilsgraben:** Frau Witwe Lina Pontius geb. Schöder, 65 Jahre. — **Hilfsbach:** Wilhelm Zeiger, 57 Jahre. — **Wilsbach:** Frau Witwe Steiger Joh. Bauh Pauline geb. Pilger. — **Reunfirchen:** Philipp Fohst, 68 Jahre; Frau Wwe. Daniel Zinsmeyer Charlotte geb. Braun, 77 Jahre; Frau Caroline Emich Willemsine geb. Schunt, 64 Jahre; Frau Karoline Lang geb. Riedel, 69 Jahre; Otto Dillpe Malereimeister Wilhelm Goh, 64 Jahre; Fräulein Maria Grimm, 22 Jahre; Frau Auguste Faltzer geb. Lämmert, 74 Jahre; Frau Julius Albert Katharina geb. Edel, 52 Jahre. — **Wiesenthal:** Schmiedemeister Jakob Junf, 62 Jahre. — **Ottweiler:** Frau Friedrich Klein Karoline geb. Vogt, 72 Jahre. — **Wellesweiler:** Frau Wwe. Gustav Lange Sophie geb. Hierschel, 61 Jahre. — **Wellesweiler:** Friedrich Hopfstädter, 60 Jahre. — **Wölsch:** Frau Anna Schneberger, 50 Jahre. — **Emmesweiler:** Oberpostkassierer Johann Kößig, 57 Jahre. — **Fremersdorf:** Seraatus Jenner. — **Wilsweiler:** Johann Poncellet Schwarz, 59 Jahre. — **Frankenstein:** Peter Reiss, Ehefrau von Maria Müller, 38 Jahre; Katharina Haas Thimmels, 23 Jahre. — **Saarbrücken:** Friedrich Kalgels, Ehefrau von Maria Wamborn, 62 Jahre.

**Wieslach:** Joh. Bapt. Hoffmann, 73 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Anna Keller geb. Wulphus, 74 Jahre; Wäldermeister Karl Reibel, 63 Jahre; Frau Katharina Bregel geb. Lindinger, 56 Jahre. — **Homburg:** Karl Rupp, 42 Jahre.

### Vom Saargrubenbau.

Dieser französischen Raubhaus. Auf der Grube Reben wurde der verheiratete Bergmann Jacob Frey aus Reben durch wiederkehrendes Gestein so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit verstarb. — Auf Grube Altenwald verunglückte der Arbeitermeister Heinrich Bände aus Dudweiler tödlich, da er der Hochspannungseitung zu nahe kam. Er war verheiratet, 58 Jahre alt, und hinterließ eine Witwe mit elf zum Teil unvorgerhen Kindern. Als die Frau im Lazarett den bereits eingetretenen Tod ihres Mannes erfuhr, brach sie von einem Herzschlag getroffen ebenfalls tot zusammen. — Auf der Grube Klaubach wurde dem 25 Jahre alten Bergmann Josef Bügler aus Hilsfingen durch wiederkehrendes Gestein das Genick gebrochen, so daß er auf der Stelle tot war. Ein vierter Todesfall innerhalb von drei Tagen ereignete sich auf der Grube Gütteleborn, wo der Bergmann Berwanger aus Quiriesfeld dem französischen Raubhaus zum Opfer fiel. — Der Föhrgewer Jakob Lehmann aus Wellesweiler wurde auf Grube Wellesweiler durch wiederkehrendes Gestein so schwer getroffen, daß der Tod alsbald eintrat. Lehmann war kinderlos verheiratet. — Auf Grube Reben verunglückte der ledige Bergmann Edmund Zimmer aus

Miebelkirchen so schwer, daß er seinen Verletzungen später erlag. — Der Hauer Triebe aus Tunzweiler erlitt auf Grube Frankenhof durch zu Bruchgehen der Kohlenarbeit den Tod. — Das sind sieben Todesopfer innerhalb weniger Tage — eine Folge der leichtsinnigen französischen Abbaumethoden.

**Abteufung eines Schachtes.** Der Schacht der Grube Ihenplich wurde jetzt bis zur fünften Tiefbausoehle abgeteuft. Der Schacht ist als Förderschacht vorgesehen und wird seiner Bestimmung übergeben werden, sobald die in der fünften Tiefbausoehle liegenden Fettkohlenflöze erschlossen sind.

**Neue Grubenanlage bei Schiffweiler.** In unmittelbarer Nähe von Schiffweiler wird eine neue Grubenanlage geschaffen, die den Namen St. Urin führen soll. Nach bergbauischen Messungen beträgt der Kohlenbestand bis zu einer Tiefe von 1000 Metern im Schiffweiler Bann rund 570 Millionen Tonnen. Verschiedene Kohlenflöze auf dem Schiffweilerbann haben eine Mächtigkeit von vier Metern, übertreffen also das bekannte Flöz Blücher der Grube Belsen.

**Juchmende Grubenschäden.** Auch in Friedrichsthal machen sich unliebsame Grubenschäden bemerkbar. Besonders die Straßen in der Nähe des Kolonieschachtes sind in schwere Mitleidenschaft gezogen. Mit den Ausbesserungsarbeiten hat man bereits begonnen. Ferner wird aus Steinertsberg bei Lummerschiedt gemeldet, daß, nachdem schon wiederholt infolge Grubeneinstürzungen Häuser zu Bruch gegangen sind, jetzt wieder mehrere Häuser bausällig werden. In einem Hause der Provinzialstraße stürzte nachts an einem Hause die ganze Hinterfront und ein Teil des Giebels ein. Auch das nebenliegende Anwesen wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Grubenerwaltung wurde zwar benachrichtigt, hat aber bisher noch nichts zur Abhilfe unternommen.

### Soziales.

#### Die Notlage der Sozialrentner in den Grenzgebieten.

Die im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter organisierten Invaliden aus der Gegend Schönenberg besaßen sich in einer Tagung mit der Not der Krankenempfänger in den Grenzgebieten des Saargebietes. In einer Entschlieung wird darauf hingewiesen, daß infolge der Frankeninflation die Invalidenpension der Bergarbeiter mit währiger Mitgliedschaft in den Pensionsklassen auf 27 Mark monatlich gesunken ist. Mit diesem Betrag muß nicht selten der Unterhalt von drei und mehr Personen bestritten werden. Aus Mangel an finanziellen Gründen wurden Unterstützungsanträge von der Fürsorge abgewiesen. Auch die Gemeinden verfügten nicht über entsprechende Mittel, so daß viele Familien infolge der Entbehrungen der letzten Monate an den Rand des Verderbens gebracht worden seien.

Die Versammlung verlangte, daß die vom ReichsKnappschafftsverein zur Verfügung gestellten Beträge durch die Organe des Saar-Knappschafftsvereins sofort zur Auszahlung kommen. Weiter muß auf eine Erhöhung der Pensionen bestanden werden. Die geringe Erhöhung der letzten Reform vermochte nicht die eingetretene Entwertung des Frankens auszugleichen. Verwaltungsbehörden und Regierungsstellen des Deutschen Reiches sind anzugehen, durch Gewähren eines laufenden Zuschusses zur Knappschaffts Pension unseren Familien den Lebensunterhalt zu ermöglichen. Die schnelle Binderung der vorhandenen Not macht es den Regierungsstellen zur Pflicht, den Fürsorgeämtern erhöhte Mittel für besagte Unterstützungszwecke anzuweisen.

Die Versammlung hofft, daß die Bergwerksdirektion des Saargebietes und die deutsche Reichsregierung sich der trostlosen Lage der Invaliden annimmt und ihnen die dringend notwendige Hilfe nicht versagt.

#### Die Rechtslage des Wohlfahrtswesens im Saargebiet.

Im Rahmen einer größeren Tagung der vor Jahren geschaffenen Wohlfahrtsorganisation der christlichen Arbeiterschaft für das Saargebiet hielt Stadtmann Schreiber-Saarbrücken einen Vortrag über „die rechtliche Lage des Wohlfahrtswesens im Saargebiet“. Ausgehend von dem Unterstützungswohlfahrtsgesetz vom 6. Juni 1870, das im Reich durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924, durch welche die Wohlfahrtsgesetzgebung im Reich ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat, aufgehoben worden ist, im Saargebiet aber noch Gültigkeit hat, zeigte der Redner die einzelnen Etappen der Wohlfahrtsgesetzgebung im Saargebiet. An Hand der Verordnung der Regierungskommission vom 14. Mai 1925, durch welche die Wohlfahrtspflege im Saargebiet einheitlich geregelt ist, sprach der Redner die Verordnung der Regierungskommission über die einzelnen Zweige der Wohlfahrtspflege und ihre Auswirkungen. Hierbei stellte er fest, daß die Gesundheitsfürsorge im Saargebiet gut geregelt sei, daß aber einzelne Zweige der Fürsorge, besonders die der Sozialrentner, gänzlich unzureichend sei und dringend einer Reform bedürfe. Der Redner ging dann auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom

9. Juli 1922 und das Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1926 näher ein. In äußerst interessanter Weise legte er die Entstehungsgeschichte dieser Gesetze dar und besprach die Hauptgesichtspunkte dieser für die Jugendfürsorge so bedeutsamen Bestimmungen. Er betonte, daß diese Gesetze im Saargebiet bisher nicht zur Einführung gelangt wären, daß aber ein Entwurf über Jugendwohlfahrt der Regierungskommission vorliege, der in nächster Zeit den Landesrat beschöffigen werde. Der Vortragende kritisierte den Entwurf scharf, da er in den wichtigen Punkten erheblich von dem Reichsgesetz abweiche und die Jugendfürsorge der Armenfürsorge überantwortete, wodurch eine Jugendfürsorge im Sinne des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes ausgeschlossen sei. Er bat die anwesenden Landesratsmitglieder, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Entwurf in seiner jetzigen Form nicht Gesetz würde. Mit der Feststellung, daß es in der Wohlfahrtspflege nicht auf die einzelnen Paragraphen der Gesetze ankomme, sondern auf den Geist, von welchem die ausführenden Organe beseelt sind, schloß der Redner seine interessanten Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

### Aus dem Saarwirtschaftsleben.

**Verlängerung der Zollstundungen.** Der Reichsfinanzminister hat die Zollstundungen für jaarländische Firmen unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs noch einen weiteren Monat verlängert, so daß sich diese Zollstundungen auf insgesamt 10 Monate belaufen.

### Verkehr.

Mit dem 1. April treten auf den Eisenbahnen des Saargebietes neue Fahrpreise in Kraft, die um etwa 15 Prozent höher als die bisherigen liegen. Gegen diese Erhöhung hat der Bezirksausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Einspruch erhoben mit dem Hinweis darauf, daß 1. die Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs um rund 16 Prozent, 2. die Monatskarten um rund 38 Prozent, 3. die Schülermonatskarten um rund 38 Prozent, 4. die Arbeitermonatskarten um rund 65 Prozent, 5. die Arbeiterwochenkarten um rund 55 Prozent und 6. die Arbeiterrückfahrkarten um rund 55 Prozent erhöht worden sind. Diese Maßnahme, so heißt es in diesem Protest an die Eisenbahndirektion, die besonders für die schlechtentlohnenden und außerhalb des Saargebietes wohnenden Berg-, Bau- und Metallarbeiter eine unerschwingliche Mehrbelastung darstellt, dürfte geeignet sein die folgenschwersten Unruhen in unser Wirtschaftsleben hineinzutragen. In dem Protest wird weiter auf das Vorgehen der Reichsregierung hingewiesen, die die fürchtbare Kollage der Arbeiterschaft dadurch anerkennt, daß sie beabsichtigt, den sogenannten „Saargängern“ freie Eisenbahnfahrt zu gewähren bzw. das Fahrgeld zu erlassen.

## Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

### Saarlundgebung in Köln a. Rh.

Schon während der Besatzungszeit ist vor Jahresfrist in Köln a. Rhein unter Beteiligung vieler Kreise die Ortsgruppe Köln a. Rhein des Bundes der Saarvereine gegründet worden. Ueber ein Jahr hat die Ortsgruppe Köln a. Rh. an ihrem Aufbau erfolgreich gearbeitet und immer mehr Mitglieder angesammelt. Nachdem die 1. Zone, und damit Köln und Bonn geräumt worden und die Bestimmungen der Rheinlandkommission für das Kölner und Bonner Gebiet endgültig gefallen sind, ist als erstgegründete Ortsgruppe im Rheinland die Ortsgruppe Köln endlich in der Lage gewesen, mit einer größeren Saarlundgebung an die Öffentlichkeit zu treten, um auf die Not des Saargebietes in den letzten Jahren hinzuweisen, um Aufklärung zu geben über den schweren Kampf, den das treudeutsche Saarvolk um die Deutscherhaltung seiner deutschen Art und seines deutschen Bodens führt, und um das allgemeine Interesse an dem schönen industriereichen Land an der Saar wachzurufen und rege zu erhalten. Am Freitag, 12. März, fand die erste große Saarlundgebung im befreiten Rheinland in Köln a. Rhein im Rudolfssaale unter überaus starker Beteiligung statt. Als erster Redner des Abends sprach Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin über das Thema „Das Saargebiet unter der Fremdherrschaft“. Nach Schilderung der geschichtlichen Vergangenheit, der großen wirtschaftlichen Bedeutung und der in echt vaterländischem Geiste vorbildlich seinem Mutterlande die Treue haltenden loyalden Bevölkerung des Saargebietes, warf er einen Rückblick auf die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge im Saargebiet.

gebiet während der fast siebenjährigen Abtrennung von seinem Mutterlande und seiner fast sechsjährigen Verwaltung durch den Treuhänder des Völkerbundes, die sogenannte Saarregierungs-kommission. Mit der Saarklage von den 150 000 Saarfranzosen beginnend, unterwarf er die übrigen vertragswidrigen Verwaltungsmethoden der Saarregierung einer scharfen Kritik, indem er unter dem Hinweis auf die zahlreichen Denkschriften der Landesparlamenten die bisherigen Mißstände und Mißstände in der Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerbund kennzeichnete. Der Völkerbund habe bisher niemals Anlaß genommen, die erste Abhilfe zu schaffen und für durchgreifende Veränderungen des nur unter französischem Einflusse stehenden Saargebietes Sorge zu tragen. Trotz bitterster Not, trotz aller Bedrückungen, trotz fortgesetzter Rechtsverletzungen habe die Saargebietsbevölkerung sieben Jahre hindurch ein Verhalten an den Tag gelegt, das dem ganzen deutschen Volke Beispiel und Muster sein konnte. Der jähige Kampf des treubündischen Saarvolkes habe unter dem Sturm berechtigter Anwerch alle Franzosierungsversuche zurückgewiesen und die Welt heute davon überzeugt, daß das Saargebiet deutsch war, ist und bleibt, deutsch die Saar immerdar. Rechner erntete für seinen ruhigen und sachlichen, von heftiger Gemütsbewegung warm durchfluteten und überaus begeisterten Vortrag allseitigen stürmischen Beifall. Als zweiter Redner schilderte Herr K a r l s - Saarbrücken, Mitglied des Landesrats in Saarbrücken, auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse die heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet, indem auch er die Tätigkeit des Treuhänders des Völkerbundes, der Saarregierungs-kommission einer noch viel schärferen Kritik unterzog. Den Völkerbund besichtigte man als „G. m. b. H. für Ruß-hände“. In der Tat sei es unerhört, in welcher Weise die Saarregierungs-kommission arbeite. Jedenfalls sei ihre ganze Arbeit auch nicht im geringsten die eines Treuhänders, sondern unter ausgesprochen französischem Einflusse stehend sei das Endziel die jezt und wahrheitsgemäß auch noch jenseitig, mit allen Mitteln das Saargebiet Deutschland zu entreißen und Frankreich anzugliedern oder ein zweites Luxemburg daraus zu machen. Wenn die französische Annexionspolitik im Saargebiet auch ebensichtigst Fiasco gemacht habe und Frankreich somit politisch das Spiel an der Saar verloren habe, so dürfe man doch nicht die dem Saargebiet auch ferner drohende Gefahr unterschätzen, sondern es gelte die Augen aufzuhalten, nach wie vor wachsam zu bleiben. Dazu sei es erst erforderlich, die Saarregierungs-kommission aus der Welt zu schaffen. In diesem Sinne, die sich der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Berein“ im Rahmen ihrer Mittel und der ihnen gestellten Aufgabe gewinnvoll hätten. Bisshin eines jeden Deutschen müße es sein, die wahren Hoffnungen auf der Saar im Kampfe mit allen der Heimat zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, um ihre Niedertrug zum Mutterlande zu beschleunigen. Auch die Ausführungen dieses Redners fanden größten Beifall.

#### § Die Gründung einer Ortsgruppe Bonn des Bundes der Saarvereine

kann nunmehr als gesichert angesehen werden. Am Sonntag, den 14. März 1926, hatten sich in dem bekannten Restaurant „Zum Hühner“ über 30 Personen, meistens Bergbeamte, die früher im Saargebiet tätig gewesen sind, eingefunden, um sich mit der Frage der Gründung einer Ortsgruppe in Bonn zu beschäftigen. Nachdem Herr K l a m p die Erregenen herzlich begrüßt und damit die Sitzung eröffnet hatte, ergriff Herr Verwaltungsdirektor V o g e l - Berlin das Wort, um zunächst namens des Bundes der Saarvereine offen sieben Landesleuten herzliche Grüße zu entbieten und seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß nach der Räumung der ersten Zone unseres schönen Rheinlandes nunmehr auch außer Köln auch in Bonn am Rhein die Landesleute von der Saar sich zusammen tun wollten, um dem Bund der Saarvereine in seiner vaterländischen Aufgabe, dem treubündischen Saarvolk in seinem schweren Kampfe um die deutsche Saarheimat zur Seite zu stehen, zu unterstützen. Rechner schilderte dann eingehend die Entstehungsgeschichte der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ und die Gründung des Bundes der Saarvereine und seiner zahlreichen Ortsgruppen, indem er darauf hinwies, daß die Aufgabe, die der Bund der Saarvereine sich gestellt habe, nicht etwa in der Pflege der Gesselligkeit und in der Veranstaltung von Besuchen bestünde, sondern, daß die Ortsgruppen gegründet worden seien zu erster Arbeit zur Befreiung des ferndeutschen Saargebietes. Das letztere von allen Teilen des deutschen Vaterlandes als Ab-stimmungspflichtig ganz besonders hart betroffen sei, einmal, weil es, zum Mutterlande losgerissen, einer Fremdherrschaft unterstellt sei, dann aber auch, weil dieses ferndeutsche Saarvolk erst im Jahre 1905 abstimmen dürfe, könne es nicht darauf ankommen, nur Landesleute im Bunde der Saarvereine und in seinen Ortsgruppen zu vereinen, sondern gerade des schweren Schicksals des Saarvolkes wegen müße das Saargebiet das Sorgenkind Aldeutscherlands werden, und deshalb sollten die Mitglieder der Ortsgruppe nicht nur aus Saarländern selbst bestehen, sondern jeder Deutsche, der für die Saarklage Interesse habe, gehöre in die Saarvereine hinein. Er kam dann

auf die vielseitigen Aufgaben des Bundes des Saarvereine zu sprechen, indem er auf die schon vor Jahresfrist gedruckten und den Ortsgruppen angelegten Richtlinien hinwies. Er schilderte dann, wie vielseitig der Kampf um das Saargebiet sich gestaltet habe, wie zahlreich die Probleme seien, die sich aus dem Saarklage entwickelt hätten, und wie notwendig es gewesen sei und auch in Zukunft sein werde, über diese Dinge nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande aufzuklären und wirken zu lassen. Dieser Aufklärungsarbeit habe sich die Geschäftsstelle „Saar-Berein“ besonders mit seiner Halbmonats-schrift „Saar-Freund“ und zahlreichen sonstigen Aufklärungs-schriften zur Verfügung gestellt, um im Rahmen seiner Mittel und mit Unterstützung der dem Bunde der Saarvereine ange-schlossenen Ortsgruppen diese Aufgabe lösen zu können. Auf ihre bisherige Arbeit könne die Geschäftsstelle „Saar-Berein“, aber auch der Bund der Saarvereine besriedigt zurückblicken. Es sei eine Arbeit, die nur ein Abgänger sein könne von deutscher Treue an der Saar, vom Festhalten am deutschen Vaterlande und am deutschen Volkstum. Rechner schloß mit der Versicherung, daß er die Gründung einer Ortsgruppe in Bonn deshalb ganz besonders freudig und dankbar begrüße, weil hier die Möglichkeit gegeben sei, mit Hilfe der in Bonn anwesenden zahlreichen Saar-länder, aber auch sehr vielen Freunden und Bekannten des Saargebietes und mit Hilfe aller dem Bergbau Nahestehenden, der neugegründeten Ortsgruppe in kurzer Zeit zur größten Bedeutung verhelfen zu können. Nachdem mehrere Redner sich in zustimmender Weise für die Gründung der Ortsgruppe ausgesprochen hatten, wurde unter dem Vorsitz des Herrn H a n k e - Bonn ein Arbeits-ausschuß gewählt, welcher die weiteren Schritte unternehmen und die demnächstige Gründungsver-sammlung einberufen soll. Wir ruhen heute schon der jüngsten Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine ein herzliches „Glücken“ zu.

□ Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine. Die Ortsgruppe hielt am 4. März ihre allmonatliche Mitglieder-versammlung zum erstenmal in dem neuen Vereinslokal im „Düsseldorfer Hof“ ab. Erstlichermahle war auch diese Versammlung, ebenso wie die vorhergehenden, sehr hart besucht. Der erste Vorsitzende, Herr Dr. K i l l, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Anwesenden und hielt an-schließend einen Vortrag über den Verlauf der Ge-sehten Verhandlungen, soweit sie unsere Heimat, das Saargebiet, betreffen. Herr Dr. K i l l ließ seinen sehr interessanten und all-gemein verständlichen Vortrag anflingen in den von sämtlichen Anwesenden mit heller Begeisterung aufgenommenen Ruf: „Deutsch die Saar immerdar“. Hierauf sang die Versammlung das Deutschlandlied. Nach Erledigung des geschäfts-ligen Teils wurde der Pflege der Gesselligkeit weitgehend Rechnung getragen. Fräulein B e d e r (Klavier) und Herr K a r l - h ä u p f e r (Violine) erfreuten die Anwesenden in der bekannten dankenswerten Weise mit einigen sehr schönen und gut vor-gemerkten Musikstücken. Auch wurden einige sehr nette und humorvolle Sachen in echt Saarbrücker Mundart vorgetragen. Liebenswürdigerweise hatte die Geschäftsstelle des „Düsseldorfer Hofes“ uns für den Abend hier als sehr lächig betonte Hauskapelle zur Verfügung gestellt, die auch unter anderem munter zum Tanze aufspielte. Alt und Jung drehte sich in fröhlichen Kreise nach den Klängen aller schöner Walzerweisen; auch die Anfänger der neueren Tänze kamen zu ihrem Recht. So ver-lief der Abend in fröhlicher und harmonischer Weise und mit die spätesten Abendstunden fanden des Wäitens von der Saar in freudlich heiterer Stimmung beikommen.

Wir machen die Mitglieder und Freunde unserer Sache dar-auf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf die Hiererleitung die nächste Versammlung der Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine erst am 8. April, abends 8 Uhr, in unserem Vereinslokal „Düsseldorfer Hof“ (früher Sünden-burg, Ecke D. H. und Graf Wolf-Strasse) stattfinden. Es würde freudig begrüßt, wenn auch diese Versammlung ein-derartige rege Beteiligung zu verzeichnen hätte, wie die voraus-gegangene.

§ Der Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Duisburg, hielt am 14. März d. J. seine Monatsversammlung ab. Mit einer herzlichen Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, Herrn K r e j z, wurde die Versammlung um 5.30 Uhr eröffnet und die für diesen Tag sehr kurz gefasste Tagesordnung erledigt. Es wurde beschlossen, wenn möglich im Monat M a r z, 3 ein-öffentliche Kundgebungen mit Lichtbildervortrag abzuhalten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles ging man zur Unterhaltung über. Musikvorstellungen und Gesangsvorträge wechselten sich abwechselnd ab und lo trennte man sich am päter Abend in dem Bewußtsein, einen wirklich gemühtlichen Abend verlebzt zu haben.

Die Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine hielt am 14. März 1926 im Restaurant Berghoff, Dortmund, Körner-platz, eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. An Stelle des verabschiedeten ersten Vorsitzenden ermittelte Herr D r k die Versammlung um 5.45 Uhr. Er erinnerte daran, daß zurzeit eine für

das Saargebiet wichtigste Handlung bevorzucht, da beim Vollerband in Genuß ein neuer Vorhänger für die Saargebietskommission ernannt werden mußte. Besonders erfreulich ist dabei, daß hauptsächlich durch die Kräfte und das Saargebiet erreicht ist, daß der französische Staat nicht mehr in Frage komme. Herr Walter vertiefte hierauf die Niederstift über die Versammlung vom 1. Februar 1926, die genehmigt wird. Die in der letzten Sitzung von Herrn Ott angelegte, aber verschobene Satzungsänderung nach Vorlesung des Wortlautes, nachdem Herr Dr. med. Schmidt noch die Frage der Mitgliedschaft der Frauen gefaßt hat, wie folgt genehmigt: Mitglieder, die sich am den „Saar-Verein“, Ortsgruppe Dortmund oder um die Saarländerbewegung verdient gemacht haben, können auf Antrag des Vorstandes oder auf Antrag von Vereinsmitgliedern zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Der Antrag muß vorher der Versammlung bekannt gegeben werden. Der Vorschlagene gilt als gewählt, wenn drei Viertel der anwesenden Mitglieder ihre Stimme hierzu geben. Jedes Mitglied ist stimmberechtigt. Herr Ott gibt sodann ein Schreiben des Männergesangsvereins „Eintracht“ Wittingen bekannt, der demnächst eine Sangesfahrt ins Ruhrgebiet unternehmen will und dabei um finanzielle Unterstützung der diesigen Ortsgruppe nachsich. Wegen des fänglichen Mangels an Geld in unserer Kasse soll das Schreiben an den Verbindungsmannt Debusmann in Essen weitergeleitet werden zur entl. weiteren Veranlassung. Weiter macht Herr Ott Mitteilung von einem Schreiben der Geschäftsstelle Berlin über eine Schrift des Bundesvorsitzenden Andres über „Die Grundlagen des Reiches in der Saargebiet“, die zum Teile von A. — W. erheblich ist, und deren Anschaffung er warm empfiehlt, da der Verfasser vermuthlich noch private Unkosten zu bedenken hat. Es folgt der Vortrag des Mitgliedes Herrn Dr. med. Schmidt über „Ernährung und Verdauung“. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte alles den überaus feisenden, einheitsstündigen Ausführungen des Vortragenden, der wichtige Richtlinien über die Ernährungsweise gibt und alle Anwesenden mahnt, auf gute Verdauung zu achten. Das seien die Grundlagen zur Gesundheit. Zum Schluß konnten die zahlreichen Zuhörer durch starken Beifall, dem der Vorlesende, Herr Ott, in beredeten Worten Ausdruck verleiht. Nach dem offiziellen Schluß der Versammlung um 8 Uhr erstente das Dortmunder Solo-Quartett die Anwesenden durch verschiedene herrlich vorgetragene Liederbeiträge. Sehr zur Erheiterung trugen auch die Vorträge humoristischen Inhalts der zwei Töchter des Herrn Burgard bei.

□ Die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes der Saarländer ist veranlaßt in Wiedertransfotal (Klapphorn) für ihre Mitglieder und Freunde einen Saaraabend, Ehrenfeier, in der etwa 400 Personen der Einladung gefolgt, so daß der Zweck der Veranstaltung, Aufführungsarbeit über unsere Saargebietskinder zu leisten, durchaus erreicht wurde. Regierungsrat Dr. Weg, der die Saarländische durch und durch kennt, gab in einem gedanklich formvollendeten Vortrage eine anschauliche Schilderung dieses urwüchsigen Gebietes. Seit dem vorigen Jahrhundert habe sich gerade in dieser Gegend die Industrieanlage zu ungeheurer Höhe entwickelt. Was an Wohlhabens- einrichtungen und sozialer Fürsorge geschaffen konnte, sei in dem Bergrevier der Saar gesehen. Nachdem Regierungsrat Dr. Weg die geschichtlichen Zusammenhänge kurz beleuchtet hatte, schloß er seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß wir der Entscheidung im Jahre 1935 getroff entgegenstehen können. Die Saar wird auch diesen Kampf um ihr Deutschtum bestehen; an Mutterlande aber liegt es, den deutschen Brüdern und Schwestern in diesem Schicksale helfend zur Seite zu stehen. Der Vortrag wurde mit sehr hartem Beifall aufgenommen. Die Aufmerksamkeit wurde durch eine Fülle von hervorragenden Lichtbildern erweitert, so daß die Zuhörer, die das Saargebiet nur dem Namen nach kennen, zum ersten Male einen richtigen Ueberblick über die dortigen Verhältnisse erhalten haben. Anschließend folgte ein Vortrag, in dem ausführliche Darstellungen der Saarländischen Wiedertranz, Befangensarbeiten des Hebräer-Doppelquartetts, Resitationen des Studenten Zwerga und Liederbeiträge von Frau Ida Kögelte geboten wurden. So trug auch dieser Abend dazu bei, den landsmännlichen Zusammenschluß zu stärken.

Ortsgruppe Hannover.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Stammtisch in der Bierkneipe des Hotels Battermann, Ecke Helliger und Al. Posthofstraße. Gäste freis herzlich willkommen. Der Vorstand.

Kleine Mitteilungen.

Der Verein ehem. Ober zu Berlin, letzter Standort des Regiments Weihenburg, Elsaß, Elsaß Saarländer, begehrt am 17. April 1926 seine diesjährige Duppelfeier in Form eines „Deutschen

Abends“ im Alpendorf, Berlin N., Invalidenstr. 63 (Rehler Bahnhof). Ihre Mitwirkung haben zugelegt die Bereinigung der ehem. Reichslandständigen Truppen, Fahnenabteilungen der Duppelsturm-Regimenter und des Kriegerevokes Berlin. Die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine, des Hilfesbundes der Elsaß-Lothringer im Reich, Vertreter der Vereine Halle, Erfurt, Saarbriiden, Keunischen (Saar), Eiberfeld, Karmen, Duisburg, Staßfurt u. a. haben ihr Erscheinen zugelegt. Der Verein labet alle Freunde und Gönner zu dieser Feier ein. Nähere Auskunfte, auch über Angehörige des Vereines usw., erteilt gern der Vorlesende W. Martini, Berlin-Friedenau, Landwehrstr. 8 II.

Bücherbesprechung.

„Die Pfalz.“ In der Bäderreihe „Deutsche Stadt — Deutsches Land“, die der Berliner Schriftsteller Erich Kästner seit einigen Jahren herausgibt (in der Deutschen Verlags-Gesellschaft, Berlin SW.), ist soeben als Band XI ein Werk über „Die Pfalz — ihre Entwicklung und ihre Zukunft“ erschienen. Damit kommt zum ersten Male in der Bäderreihe ein Stück bejegtes deutsches Land zur Darstellung, und es ist klar, daß diesem Bande aus diesem Grunde erhöhte politische und kulturelle Bedeutung innewohnt. Der Herausgeber hat sich eine der bekanntesten literarischen Persönlichkeiten der Pfalz, Franz Hartmann, als Mitarbeiter gesöhrt, und es ist den beiden Herausgebern gemeinsam gelungen, ein schönes, flüssiges und wertvolles Werk zustande zu bringen. Die Herausgeber haben es verstanden, zahlreiche führende Persönlichkeiten und Fachmänner auf allen Gebieten in diesem Bude zu vereinen. Das Geleitwort hat der langjährige Pfalzkommissar der Bayerischen Regierung, Ministerialdirektor a. D. Dr. Wapow, geschrieben. Von den geschichtlichen Aufschüen sind die Abhandlungen des Staatsoberarchivars Dr. Pfeiffer über „Die deutsche Pfalz“, des Oberregierungsrats Wilhelm über „Historische Denkmäler der Pfalz“ und des Museumsdirektors Dr. Ernter über das Pfalzmuseum in Speyer herauszuheben. Die Pfalz als Wirtschaftsbereich behandelt der Sanitätsrat der Badmischelener Sanitätskommer, Dr. Kehm, die Wirtschaft der Saarpfalz wird in einem besonderen sehr instruktiven Aufsatz von Dr. Emil Naeck dargestellt. Oberregierungsrat Dr. Krich betont in einem Beitrag den wirtschaftlichen Sinn des Pflägers. Die wichtigsten Industrien der Pfalz, Schuß und Metalle, werden von dem mehrbändigen Sanidit dargestellt. Einen breiten Raum nimmt selbstverständlich der Charakter der Pfalz als Weinland ein. Ueber den Pfälzer Weinbau schreibt der Besitzer der berühmtesten Pfälzer Gärten, Dr. von Kasser mann-Jordan. Daneben finden sich Aufsätze über Pfälzer Wein, über die staatliche Bebranntheit für Wein- und Obstbau und über „Rheinpfälzer Weinstuben“. Die landwirtschaftliche Bedeutung der Pfalz würdigt der Sanidit der Bauernkommer, Dr. Frenckel. Das Buch leut in erster Linie der Rolle wider Zeugnis davon ab, daß der Herausgeber der Bäderreihe und der Verlag selbstwucht bemüht sind, die Publikationen grundbühlig aus der Rolle ähnlich scheinender, aber rein kaufmännisch angedauten Veranlassungen herauszuheben und sie zu einem prägnanten und heimschäftlichen Dokument für die in den einzelnen Gebieten Deutschlands wirkenden kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte zu gestalten.

Briefkasten.

Von Th. in D. 13 N. mit bestem Dank erhalten.  
Von B. in A. 75 N. mit bestem Dank erhalten.

Am Donnerstag, dem 26. März 1926, entschließ unerwartet nach kurzem Leiden unsere innigst geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Großmutter, Frau Witwe Redakten

Theodor Vogel

Margarethe, geb. Kuhl

im Alter von 89 Jahren.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:  
Familie Theodor Vogel, Verwaltungsdirektor,  
Berlin,  
Familie Landred Ziegler, Saarbriiden,  
Familie Heinrich Gausler, Saarbriiden,  
Familie August Keen, Trier.

Saarbriiden I, den 25. März 1926.

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatschrift

## „Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der freieste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewählten Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung herout kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in enger Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatschrift „Saar-Freund“ nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Cpf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:  
**Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11**  
Königgräber Straße 94.

## Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Königgräber Straße 94, zum Preise von 1,— Mk. zu beziehen.

Die im vierten Jahrgang erscheinende illustrierte Monatszeitschrift

## Elsass-Lothringen Heimatstimmen

herausgegeben im Auftrage der Alt-Elsass-Lothringer im Reich von Dr. Rob. Erntz,

unterrichtet lauthing über Elsass-Lothringens Geschichte, Politik, Literatur und Wirtschaft.

Probeheft jederzeit unberechnet von der Vertriebsstelle.

Postbezug vierteljährlich . . . . . 1,80 Mk.  
(durch die zuständige Postanstalt)  
Streichbandbezug vierteljährlich . . . . . 2,10 Mk.  
Auslandsbezug halbjährlich . . . . . 5,60 Mk.  
(Bestellungen für Streichband- und Auslandsbezug an die Vertriebsstelle.)

Schriftleitung, Vertriebsstelle, Anzeigen, Annahme:  
Berlin W. 30, Postfach 124 Nr. 5.

## Der Beamtenbund

Zeitschrift des Beamtenbundes des Saargebiets.

Mit der Herausgabe der Zeitschrift hat der Beamtenbund des Saargebiets einen lange gehegten Wunsch seiner Mitglieder erfüllt. Auch wir begrüßen die Herausgabe der Zeitschrift: kann man sich doch schon aus den bisher erschienenen Nummern ein Bild von der intensiven Tätigkeit des Beamtenbundes des Saargebiets machen. Wir können den Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine, besonders den Ortsgruppen der Beamten, die früher im Saargebiet tätig waren, den Bezug der Zeitschrift nur empfehlen.

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Neu erschienen!

## „Deutsch die Saar immerdar“

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und vom „Bund der Saar-Vereine“ wissen muß

Unter diesem Motto hat der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Wein, ein Wertblatt mit zahlreichen prächtigen Kupferstichabbildern und einer Karte des Saargebietes herausgegeben. Diese Druckschrift kann den Lesern des „Saar-Freund“ nur aufs wärmste empfohlen werden.

Preis RM. 1,—.

Zu beziehen durch die

Geschäftsstelle „Saar-Verein“  
Berlin SW 11, Königgräber Str. 94 II.

## Vertriebene aus Elsass-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die „Elsass-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsass-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Problemnummern und Bestellungen zum Preise von **70 Pfennig monatlich** bei der Expedition der „Elsass-Lothringischen Mitteilungen“ Freiburg i. B., Rödersir. 12.

Geldwert zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierteljährlichen Monatsbeilage „Saar-Heimatblätter“. Verbindungen mit Berlin SW 11, Königgräber Straße 94, Reichsdruck-Verlag; Amt Postenbezug 1924. — Bezugspreis monatlich: 50 Pfennig. — Alle Zahlungen auf Reichsbankpost Berlin 438. 7. Nr. 1000 oder auf Deutsche Bank, Hauptkassette O. Berlin SW 11, Postfach 114. — Berlin: Köhler für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Beirath „Saar-Freund“ arbeiten. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Kurt Reuter, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Königgräber Straße 94; Druck: Deutsche Buchvertriebsanstalt, Berlin SW 11.